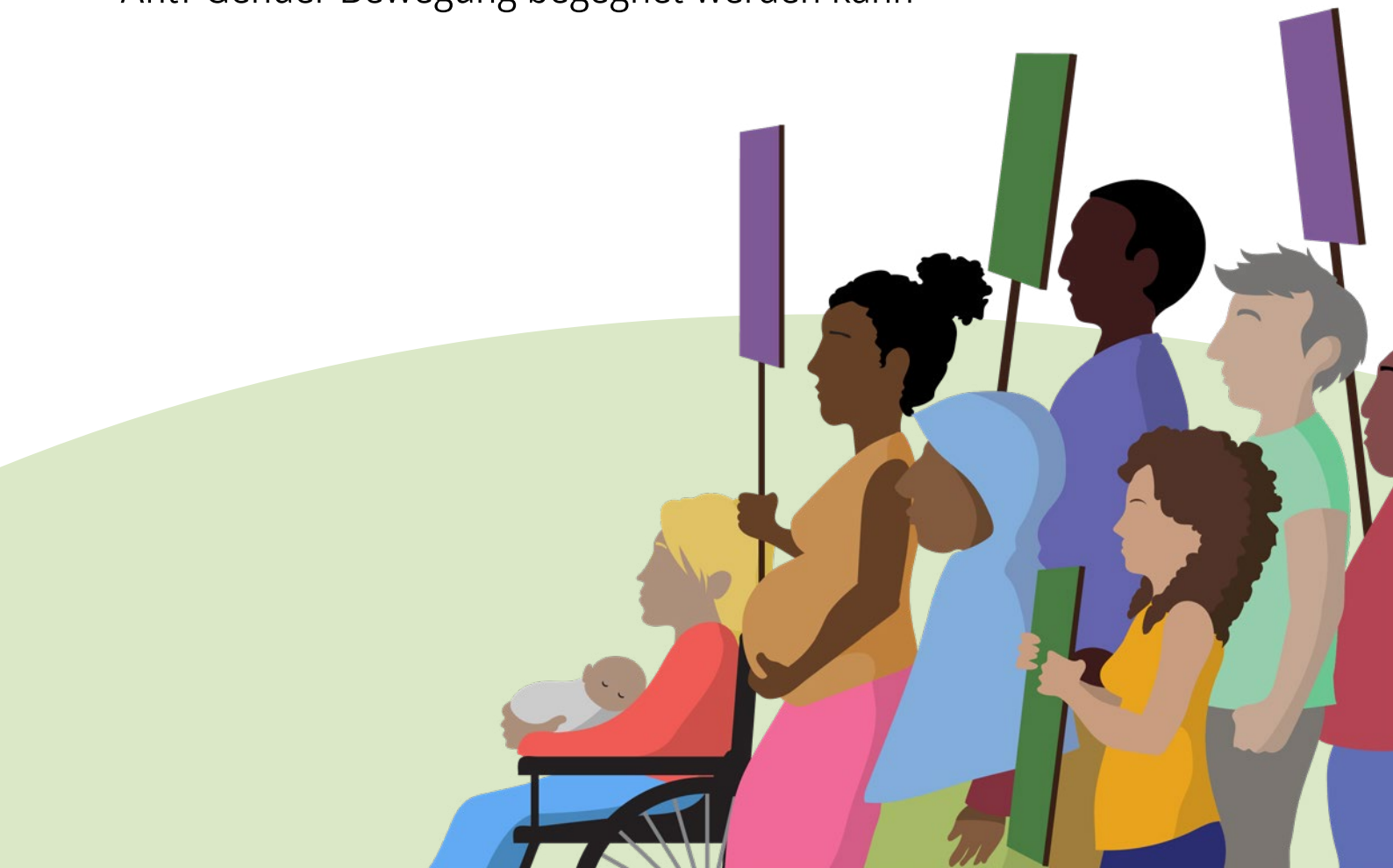


# Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit

Der Kampf für reproduktive Gerechtigkeit und wie der  
Anti-Gender-Bewegung begegnet werden kann



## Impressum

Originalausgabe  
August 2024

© Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.  
Sämtliche, auch auszugsweise Verwertung bleibt vorbehalten.

Herausgegeben von

**Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung**

Schillerstraße 59

10627 Berlin

Telefon: (030) 22 32 48 45

E-Mail: [info@berlin-institut.org](mailto:info@berlin-institut.org)

[www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org)

Das Berlin-Institut finden Sie auch bei Facebook, Instagram  
und LinkedIn.

Autorinnen: Nele Disselkamp, Kristin Neufeld,  
Colette Rose, Catherina Hinz  
Projektmitarbeit: Constantin Wazinski, Hannah Weiss, Lotta Paepke  
Lektorat: Christine Hieb  
Layout und Design: John Mancarella

ISBN: 978-3-946332-75-6

Das vorliegende Diskussionspapier wurde durch finanzielle Mittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert und durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Sektorvorhaben Bevölkerungsdynamik/sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, unterstützt. Die Verantwortung für den Inhalt des Diskussionspapiers liegt beim Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Die im Diskussionspapier vertretenen Auffassungen entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des BMZ.

Gefördert durch:



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

## Die Autorinnen

**Nele Disselkamp**, Master of Arts in International Cultural and Business Studies an der Universität Passau. Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

**Kristin Neufeld**, Master of Arts in Internationale Studien / Friedens- und Konfliktforschung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

**Colette Rose**, Master of Science in Political Sociology an der London School of Economics. Projektkoordinatorin Internationale Demografie am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

**Catherina Hinz**, Magister in Germanistik, Geschichte und Südasienswissenschaften an den Universitäten Hamburg und Heidelberg. Geschäftsführende Direktorin des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.

## Über das Berlin-Institut

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist ein unabhängiger Thinktank, der sich mit Fragen regionaler und globaler demografischer Veränderungen beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten. In seinen Studien, Diskussions- und Hintergrundpapieren bereitet das Berlin-Institut wissenschaftliche Informationen für den politischen Entscheidungsprozess auf. Weitere Informationen, wie auch die Möglichkeit, den kostenlosen regelmäßigen Newsletter „Demos“ zu abonnieren, finden Sie unter [www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org).

## Unterstützen Sie die unabhängige Arbeit des Berlin-Instituts

Das Berlin-Institut ist eine gemeinnützige Stiftung. Wir erhalten keinerlei öffentliche institutionelle Förderung oder Grundfinanzierung. Laufende Forschung wird durch Projektförderungen und Forschungsaufträge finanziert. Uneingeschränkte Mittel wie Spenden ermöglichen es uns, ständig neue Ideen zu entwickeln und zukünftige Trends zu erkennen. Deshalb sind individuelle Beiträge besonders wertvoll für unsere Arbeit. Spenden und Zustiftungen sind steuerlich absetzbar. Weitere Informationen finden Sie unter <https://www.berlin-institut.org/spenden>.

# INHALT

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS .....	4
1. WO STEHEN WIR 30 JAHRE NACH KAIRO? .....	5
2. BESTEHENDE FORTSCHRITTE IN GEFAHR .....	8
2.1 GLOBALE KRISEN GEFÄHRDEN BESTEHENDE UND ZUKÜNFTIGE FORTSCHRITTE..	8
2.2 GEMISCHTE BILANZ 30 JAHRE NACH KAIRO .....	10
3. DIE ANTI-GENDER-BEWEGUNG .....	15
4. AUF DEM WEG ZU REPRODUKTIVER GERECHTIGKEIT.....	19
4.1 DIE ENTSTEHUNG DES KONZEPTS DER REPRODUKTIVEN GERECHTIGKEIT.....	20
4.2 NEUE ANSÄTZE IN DER PRAXIS .....	23
4.3 REPRODUKTIVE GERECHTIGKEIT ALS ZUKUNFTSPERSPEKTIVE.....	24
5. WIE WEITER?.....	25
GLOSSAR .....	28
QUELLEN .....	30

# ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BIPoC	<i>Black, Indigenous, People of Color</i>
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CPD	<i>Commission on Population and Development</i> (Kommission für Bevölkerung und Entwicklung)
CSE	<i>Comprehensive Sexuality Education</i> (Umfassende Sexuaufklärung)
FWI	<i>Family Watch International</i>
GCD	<i>Geneva Consensus Declaration</i>
HLC	<i>High Level Commission on the Nairobi Summit on ICPD25 Follow-up</i> (Hochrangige Kommission zum Follow-up des Nairobi-Gipfels zum 25. Jubiläum der ICPD)
ICPD	<i>International Conference on Population and Development</i> (Weltbevölkerungskonferenz)
LSBTIQ*	Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und andere queere Menschen
MCP	Mexico-City-Policy
NGO	<i>Non-governmental organization</i> (Nichtregierungsorganisation)
PoA	<i>Programme of Action</i> (Aktionsprogramm)
SDGs	<i>Sustainable Development Goals</i> (Ziele für nachhaltige Entwicklung)
SIGI	<i>Social Institutions and Gender Index</i> (Soziale Institutionen und Gender-Index)
SRGR	Sexuelle und Reproduktive Gesundheit und Rechte
UNESCO	<i>United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization</i> (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation)
UNFPA	<i>United Nations Population Fund</i> (Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen)
UNICEF	<i>United Nations Children's Fund</i> (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen)
UN	<i>United Nations</i> (Vereinte Nationen)
USAID	<i>United States Agency for International Development</i> (US-Behörde für internationale Entwicklung)
WHO	<i>World Health Organization</i> (Weltgesundheitsorganisation)

# 1 | WO STEHEN WIR 30 JAHRE NACH KAIRO?

Die UN-Weltbevölkerungskonferenz von 1994 in Kairo (*International Conference on Population and Development, ICPD*) markierte einen Paradigmenwechsel im Diskurs um Bevölkerung und nachhaltige Entwicklung. Zuvor waren bevölkerungspolitische Maßnahmen häufig an Zielvorgaben für Geburtenzahlen orientiert, was zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen führte. In Kairo einigten sich 179 Staaten auf ein neues, rechtsbasiertes Konzept: das der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der reproduktiven Rechte. Dieses Konzept, festgeschrieben in einem Aktionsprogramm (*Programme of Action, PoA*), stellte erstmals die Rechte von Frauen und Mädchen auf körperliche Selbstbestimmung und Entscheidungsfreiheit in Bezug auf Sexualität und Fortpflanzung ins Zentrum entwicklungspolitischen Handelns.<sup>1,2</sup>

Seit der Verabschiedung des Aktionsprogramms von Kairo hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Geschlechtergerechtigkeit ein grundlegender Baustein für nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung ist. Das wurde mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen 2015 und der damit einhergehenden Agenda 2030 unterstrichen: Ziel 5 beinhaltet die Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen.<sup>3</sup> Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR) sind ein Kernelement der **Geschlechtergerechtigkeit** (siehe Glossar) und der Gesundheit von Frauen, Müttern und ihren Kindern.<sup>4</sup>

## Auf die Geschlechtergerechtigkeit kommt es an

Die Bevölkerungsentwicklung weist heute starke regionale Unterschiede auf: In vielen Ländern altern und schrumpfen Bevölkerungen und die Geburtenraten sind bereits auf ein niedriges Niveau gefallen. Das löst enormen Druck auf Wirtschafts- und Sozialsysteme aus, wie zum Beispiel in Südkorea, wo die Geburtenrate 2023 auf einen Tiefstand von 0,72 Kinder pro Frau sank. Auch in Europa bekommen Frauen immer weniger Kinder.<sup>5</sup> Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Familie und eine bessere Verteilung von Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen sowie Fortschritte in der Geschlechtergerechtigkeit sind wichtig, um allen Menschen zu ermöglichen, ihren individuellen Kinderwunsch umzusetzen.<sup>6</sup>

In anderen Weltregionen hält das Bevölkerungswachstum an. Vor allem in Subsahara-Afrika wächst die Bevölkerung bis zum Ende des Jahrhunderts stark, wo Regierungen schon jetzt Schwierigkeiten haben, Menschen Zugang zu Bildung, Gesundheitseinrichtungen, Systemen sozialer Sicherung und guten Arbeitsplätzen zu garantieren.<sup>7</sup> Gleichzeitig ist hier die Müttersterblichkeit im weltweiten Vergleich weiterhin hoch und viele junge Menschen sind arbeitslos.<sup>8,9</sup> Für Menschen, die in großer Armut leben und unter prekären Arbeitsbedingungen beschäftigt sind, stellt der Nachwuchs eine Absicherung für die Zukunft dar. Außerdem ist die Zahl der Kinder für Paare mitunter nicht planbar – laut Umfragen bekommen Frauen oft mehr Kinder als sie sich wünschen, und viele Frauen

nutzen aus verschiedenen Gründen keine modernen Verhütungsmittel, obwohl sie eine Schwangerschaft vermeiden möchten.<sup>10,11</sup> So hält das Bevölkerungswachstum mittelfristig an und bereits bestehende Versorgungsprobleme verschärfen sich weiter. Vor diesem Hintergrund sind Fortschritte in der SRGR wichtig, um insbesondere Frauen eine selbstbestimmte Lebens- und Familienplanung zu ermöglichen. So können sie einen höheren Bildungsgrad erreichen und später – durch einen Beruf finanziell abgesichert – unabhängiger leben. Das wiederum stärkt die gesamte Gesellschaft und Wirtschaft.

## Eine Anmerkung zu geschlechtsspezifischer Sprache

In diesem Diskussionspapier wird im Zusammenhang mit SRGR häufig von Mädchen und Frauen gesprochen. Das liegt daran, dass die Datengrundlage zu diesen Themen größtenteils aus Erhebungen und Studien besteht, in denen die Teilnehmenden als Mädchen oder Frauen identifiziert werden. Es ist jedoch wichtig, darauf hinzuweisen, dass auch trans\* und nicht-binäre Menschen Schwangerschaft, Menstruation und geschlechtsspezifische Gewalt erleben. **Trans\*** und **nicht-binäre** Menschen (siehe Glossar) sind unverhältnismäßig oft von geschlechtsspezifischer Gewalt sowie Diskriminierung und anderen Barrieren in der Gesundheitsversorgung betroffen.

## Hin zu einer umfassenden Definition sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte

Alle Aspekte, die mit körperlicher Selbstbestimmung und dem Wohlbefinden aller Menschen in allen Belangen von Fortpflanzung und Sexualität zu tun haben, werden heute unter dem Konzept „sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte“ (kurz SRGR) zusammengefasst. Nicht alle Teilkomponenten dieses Begriffs sind bereits in Kairo definiert und festgeschrieben worden. Ein Überblick:

Das Kairoer Aktionsprogramm definiert reproduktive Gesundheit als „den Zustand des vollständigen seelischen, körperlichen und sozialen Wohlbefindens im Hinblick auf Sexualität und Fortpflanzung“.<sup>12</sup> Daraus ergibt sich das individuelle Recht, frei von Diskriminierung, Zwang oder Gewalt über den Zeitpunkt für eigenen Nachwuchs sowie über die Zahl der Kinder entscheiden zu können. Daneben soll jedem Menschen ein befriedigendes und ungefährliches

Sexualleben möglich sein. Das Kairoer Aktionsprogramm fasst alles, was damit einhergeht, unter dem Begriff sexuelle Gesundheit zusammen.<sup>13</sup>

Sexuelle Rechte sind im Aktionsprogramm von Kairo nicht definiert, da sich bei diesem Thema keine Einigkeit unter den Verhandlungspartner:innen erzielen ließ. Bis heute gibt es kein internationales Übereinkommen darüber, wie eine Definition dieser Rechte aussehen sollte. Laut der *Gutmacher-Lancet Commission on Sexual and Reproductive Health and Rights* gehört dazu unter anderem das Recht auf sexuelle Gesundheit und darauf, die eigene Sexualität unabhängig von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität einvernehmlich mit dem oder der Partner:in ausleben zu können, ohne Angst vor Diskriminierung. Die umfassende Definition von SRGR der Gutmacher-Lancet Kommission von 2018, die auch für die deutsche

Entwicklungszusammenarbeit handlungsleitend ist, lautet folgendermaßen:

„Sexuelle und reproduktive Gesundheit ist ein Zustand des körperlichen, emotionalen, geistigen und sozialen Wohlbefindens in Bezug auf alle Aspekte der Sexualität und Reproduktion, nicht nur das Fehlen von Krankheit, Dysfunktion oder Gebrechen. Ein positiver Umgang mit Sexualität und Reproduktion sollte daher die Rolle von befriedigenden sexuellen Beziehungen, Vertrauen und Kommunikation bei der Förderung des Selbstwertgefühls und des allgemeinen Wohlbefindens anerkennen. Jede einzelne Person hat das Recht, Entscheidungen über den eigenen Körper zu treffen und Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, die dieses Recht unterstützen.“<sup>14</sup>

## Ungleichheiten bleiben bestehen

Der Weltbevölkerungsbericht 2024 der Vereinten Nationen hat aufgezeigt, dass in den Jahren seit der ICPD viele Verbesserungen im Bereich der SRGR erreicht wurden – beispielsweise ist die weltweite Müttersterblichkeitsrate zwischen den Jahren 2000 und 2020 um 34 Prozent und die Zahl der unbeabsichtigten Schwangerschaften zwischen 1990 und 2019 um 19 Prozent gesunken.<sup>15</sup> Der Bericht unterstreicht jedoch auch, dass weiterhin erhebliche Ungleichheiten bei der Gesundheitsversorgung bestehen. Insbesondere in ländlichen Gebieten und unter benachteiligten Bevölkerungsgruppen wie **Schwarzen** und indigenen Frauen (siehe Glossar) bleibt der Zugang zu qualitativ hochwertigen SRGR-Diensten eingeschränkt. Während die Gesundheitsversorgung insgesamt weltweit verbessert wurde, werden

bestimmte Gruppen, wie Jugendliche, Menschen mit Behinderungen und **LSBTIQ\***-Personen (siehe Glossar), weiterhin diskriminiert.<sup>16</sup> Welche Fortschritte und Rückschläge es beim Thema SRGR in den letzten Jahren gegeben hat und welche aktuellen Entwicklungen weitere Verbesserungen erschweren – darüber gibt das folgende zweite Kapitel einen Überblick.

Ungleichheiten zu bekämpfen und für Geschlechtergerechtigkeit zu sorgen, ist nicht nur unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten für die internationale Entwicklungszusammenarbeit von zentraler Bedeutung. Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit tragen dazu bei, Demokratien zu stärken und den sozialen Zusammenhalt innerhalb von Gesellschaften zu fördern – was in Zeiten des Erstarkens autokratischer Tendenzen an Gewicht gewinnt.<sup>17,18</sup> Viele bereits erstrittene Fortschritte im Bereich

der SRGR werden wieder eingeschränkt – das prominenteste Beispiel dafür findet sich in den Vereinigten Staaten (USA), wo der Oberste Gerichtshof 2022 das Recht auf Abtreibung kippte.

Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung ist seit jeher umkämpft. Dass im Jahr 1994 179 von den damals 185 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen das Kairoer Aktionsprogramm im Konsens verabschiedeten, stellte einen immensen Erfolg für Frauen- und Menschenrechtsaktivist:innen dar. Denn auch in Kairo waren bestimmte Bestandteile des Konzepts der SRGR stark umstritten. Insbesondere auf den Grundsatz der „sexuellen Rechte“ und ein Recht auf Schwangerschaftsabbruch konnte sich am Ende der Konferenz nicht geeinigt werden, denn schon damals sahen konservative und religiöse Kräfte „traditionelle“ patriarchale Familiennormen in Gefahr.<sup>19</sup> Dieser Widerstand hält bis heute

an und hat seither noch an Unterstützung gewonnen. In der sogenannten „Anti-Gender-Bewegung“ sind verschiedene Akteure wie Nichtregierungsorganisationen, politische Parteien und Regierungen global in dem Ziel vereint, **patriarchale und heteronormative** (siehe Glossar) Machtstrukturen in allen Bereichen des sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu erhalten.<sup>20</sup> Welche Gefahren diese Bewegung mit sich bringt und warum diese ernst genommen werden müssen, wird im dritten Kapitel aufgezeigt.

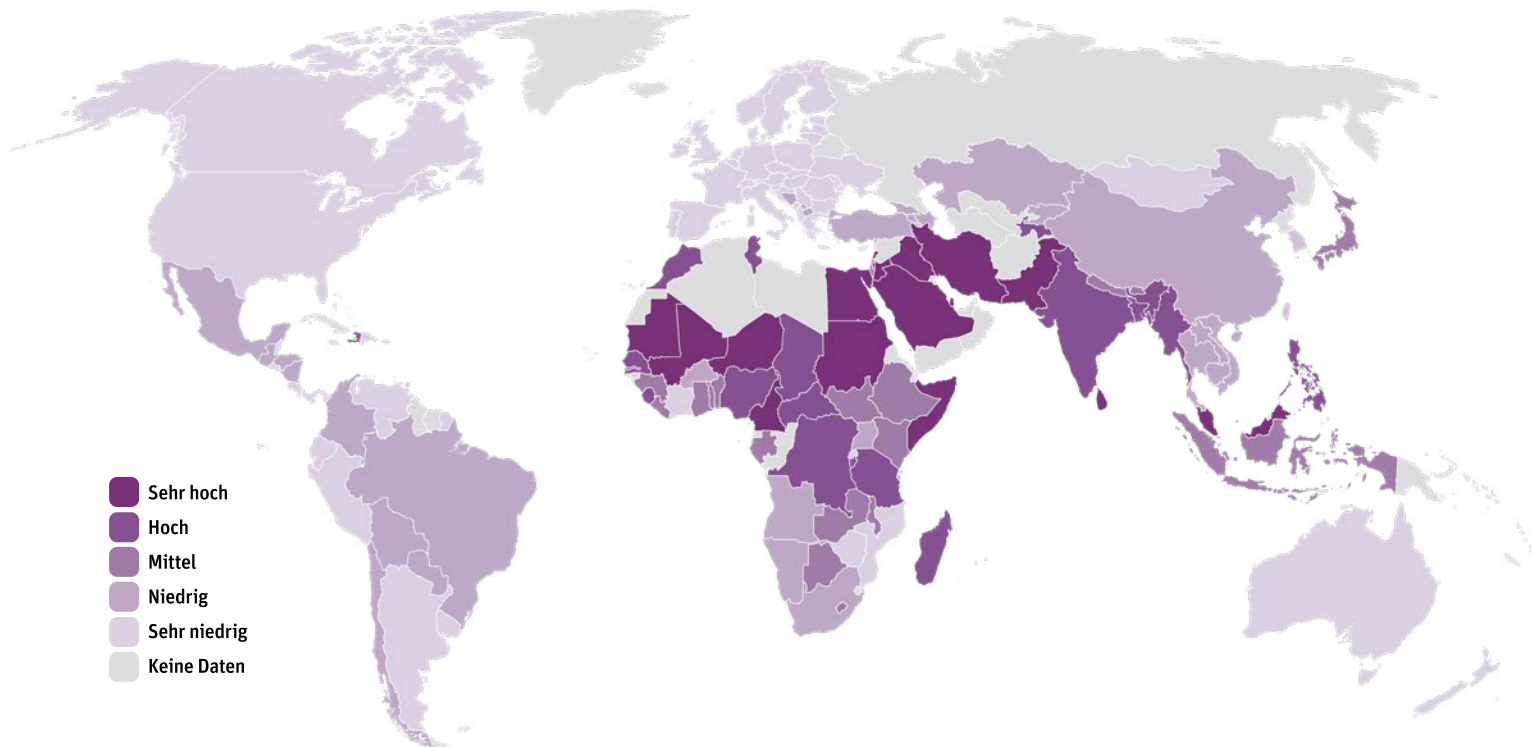
Auf der anderen Seite werden von staatlichen Akteuren in der Entwicklungszusammen-

arbeit zunehmend feministische Ansätze verfolgt. Das bestehende Konzept der SRGR wird beständig weiter gedacht und entwickelt und Akteur:innen aus Politik und Zivilgesellschaft kämpfen dafür, noch inklusivere Leitlinien für die internationale Zusammenarbeit durchzusetzen. Der Ansatz der reproduktiven Gerechtigkeit etwa, der zeitgleich zur Weltbevölkerungskonferenz in den 1990er-Jahren von Schwarzen Feminist:innen erarbeitet wurde, wird heute von immer mehr etablierten Organisationen übernommen. Reproduktive Gerechtigkeit verbindet reproduktive Rechte und soziale Gerechtigkeit und erweitert so das Konzept von SRGR. Das vierte Kapitel beleuchtet reproduktive Gerechtigkeit näher

und diskutiert wie dieser Ansatz helfen kann, die Ziele von Kairo, der Agenda 2030 und universelle SRGR zu verwirklichen – und wie eine vereinte Bewegung für mehr (reproduktive) Gerechtigkeit, der Anti-Gender-Bewegung entgegenwirken kann.

Im letzten Kapitel werden konkrete Handlungsempfehlungen für Regierungen, internationale Institutionen und Akteur:innen in der Zivilgesellschaft ausgeführt, um die Vision von Kairo zu erfüllen, reproduktive Gerechtigkeit zu fördern und der Anti-Gender-Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen.

### Weltweit gibt es immer noch viel geschlechtsspezifische Diskriminierung



Diskriminierung von Frauen durch soziale Institutionen (Gesetze, Einstellungen, Praktiken), Social Institutions and Gender Index (SIGI) 2023  
(Datenquelle: OECD<sup>21</sup>)

Der *Social Institutions and Gender Index* ist ein länderübergreifender Index, der das Ausmaß von geschlechtsspezifischer Diskriminierung gegen Mädchen und Frauen in gesellschaftlichen Institutionen misst. Mit gesellschaftlichen Institutionen sind sowohl Gesetze als auch soziale Normen und Praktiken gemeint. Betrachtet werden dabei unterschiedliche Aspekte von körperlicher Selbstbestimmung, Diskriminierung im Familienleben sowie Einschränkungen in politischen Rechten und finanzieller Unabhängigkeit. Je höher der Indexwert, desto stärker werden Frauen in diesen Bereichen diskriminiert.



# 2 | BESTEHENDE FORTSCHRITTE IN GEFAHR

Global betrachtet wurden seit der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz enorme Fortschritte in Sachen sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung erreicht: Beispielsweise werden **Kinderehen** (siehe Glossar) heute weltweit seltener geschlossen als Ende der 1990er-Jahre: Damals wurde noch jedes vierte Mädchen als Kind verheiratet, heute ist es jedes fünfte.<sup>22</sup> Zwischen 2000 und 2020 ist auch die Müttersterblichkeit weltweit um ein Drittel zurückgegangen. Zu Beginn des Jahrhunderts sind jedes Jahr 447.000 Frauen an Komplikationen im Zusammenhang mit Schwangerschaft oder Geburt gestorben, 2020 waren es 287.000.<sup>23</sup>

Die Gesetzgebung ist oft entscheidend dafür, ob Menschen die Möglichkeit haben, ihre SRGR wahrzunehmen, also ob sie Sexualaufklärung erhalten, offen in gleichgeschlechtlichen Beziehungen leben oder eine sichere Abtreibung vornehmen können. Auch hier gab es in den letzten Jahrzehnten bedeutende Erfolge: Seit 1994 haben beispielsweise mehr als 60 Länder ihre Gesetze zu Schwangerschaftsabbrüchen gelockert.<sup>24</sup>

Die Umsetzung der Kairoer Beschlüsse findet gerade in der heutigen Zeit, die geprägt ist von verschiedenen, sich gegenseitig verschärfenden Krisen, unter schwierigen

Rahmenbedingungen statt. Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie, die Klimakrise, wachsende globale Ungleichheiten sowie Wahlerfolge rechtspopulistischer Akteur:innen bringen nicht nur die Ziele des ICPD-Aktionsprogramms in Gefahr. Sie stellen auch große Herausforderungen für Geschlechtergerechtigkeit sowie für eine nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung insgesamt dar. Bevor wir die Fortschritte und Rückschläge in Sachen SRGR in den letzten 30 Jahren im Einzelnen beleuchten, zunächst ein Blick auf drei wesentliche globale Entwicklungen der letzten fünf Jahre.

## 2.1 Globale Krisen gefährden bestehende und zukünftige Fortschritte

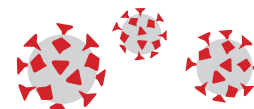
### COVID-19

Die COVID-19-Pandemie wirkt sich seit 2020 stark auf die Lebensbedingungen, Gesundheit und Existenzsicherung von Menschen weltweit aus. Laut Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) starben allein in den Jahren 2020 und 2021 weltweit mindestens 15 Millionen Menschen im Zusammenhang mit der Pandemie.<sup>25</sup> In demselben Zeitraum ist zudem nach 20 Jahren des Fortschritts die weltweite Lebenserwartung aufgrund von COVID-19 um fast zwei Jahre gesunken.<sup>26</sup> Zwar ist die Lebenserwartung nach neuesten Schätzungen für 2024 wieder angestiegen<sup>27</sup>, doch insgesamt werden sich die langfristigen gesundheitlichen Auswir-

kungen der Pandemie erst in den kommenden Jahren zeigen.<sup>28, 29, 30</sup>

Die Pandemie hat vor allem in den ersten zwei Jahren auf globaler Ebene spürbare soziale und wirtschaftliche Schocks ausgelöst, die auch Rückschläge für fast alle nachhaltigen Entwicklungsziele (*Sustainable Development Goals*, SDGs) nach sich ziehen.<sup>31</sup> Allen voran hat sie globale Armut verschärft und die Existenzsicherung von Millionen von Familien gefährdet – vor allem in den Ländern und Gemeinschaften, die schon zuvor am stärksten von Armut betroffen waren.<sup>32, 33</sup> Insbesondere in Ländern mit

niedrigem Einkommen haben Schulschließungen im ersten Pandemiejahr zu anhaltenden Lernverlusten geführt.<sup>34</sup> In den ersten Jahren der COVID-19-Pandemie wurden weniger Kinder geimpft und es gab verheerende Anstiege der Malaria- und Tuberkuloseinfektionen.<sup>35</sup> Nicht zuletzt ist es zu einem Dominoeffekt gekommen, der das Risiko für Kinderehen erhöht: Einkommensverluste, finanzielle Unsicherheit, Todesfälle in Familien und Schulschließungen führen dazu, dass bis 2030 schätzungsweise zehn Millionen mehr Mädchen im Kindesalter verheiratet werden.<sup>36, 37</sup>







## Klimakrise

Obwohl Menschen auf der ganzen Welt von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind, tragen besonders **marginalisierte** Menschen (siehe Glossar), und die, die von Armut betroffen sind, die Hauptlast der Folgen des Klimawandels. Denn der Klimawandel trifft insbesondere Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen im globalen Süden – die Menschen dort leiden zunehmend unter Hitzewellen, starken Regenfällen und Dürren. Dabei tragen diese Länder bislang am wenigsten zum globalen Klimawandel bei.<sup>38</sup>

Die Klimakrise hat enorme Auswirkungen auf alle Lebensbereiche und die Existenzgrundlage von vielen Millionen Menschen: von der Gesundheit und Ernährung bis hin zu Bildungschancen und Arbeit.<sup>39</sup> Seit 2015 werden jedes Jahr neue globale Hitzerekorde verzeichnet, und jedes Jahr war jeweils das heißeste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.<sup>40</sup> Extreme Wärmebelastung<sup>A</sup> führt

im schlimmsten Fall zum Tod.<sup>41</sup> In jedem Fall birgt sie Gesundheitsrisiken, insbesondere für Kinder und ältere Menschen.<sup>42, 43, 44, 45</sup> Für Schwangere kann sie unter anderem zu Fehl-, Früh- und Totgeburten führen.<sup>46, 47, 48</sup> Auch wirkt sich die steigende Hitze auf der Erde auf die Arbeitskapazität und -produktivität von Menschen aus. Bei extrem heißen Temperaturen ist es für eine Person, die beispielsweise in der Landwirtschaft im Freien arbeitet, irgendwann nicht mehr möglich weiterzuarbeiten, ohne zu kollabieren.<sup>49</sup>

Naturkatastrophen und ihre Folgen können zudem Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern weiter verschärfen, indem sie zum Beispiel Mädchen und Frauen zwingen, mehr Zeit damit zu verbringen, Wasser für ihre Familie zu beschaffen. Denn in Haushalten, die über keinen Wasserhahn verfügen, fällt diese Aufgabe meist auf die weiblichen Familienmitglieder.<sup>50, 51</sup> Wenn infolge einer

Dürre der Grundwasserspiegel sinkt, müssen Frauen oft längere Strecken laufen oder Schlange stehen, um Wasser für die Familie zu holen. Je mehr Zeit Mädchen und Frauen für solche und andere Hausarbeit in Krisenzeiten aufbringen müssen, desto weniger Zeit bleibt ihnen für die Schule oder bezahlte Arbeit.<sup>52, 53</sup> Viele Mädchen werden sogar gezwungen, die Schule abzubrechen oder zu heiraten.<sup>54, 55, 56</sup> Alleine 2021 konnten mindestens vier Millionen Mädchen in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen aufgrund von klimawandelbedingten Ereignissen die Schule nicht abschließen.<sup>57</sup> Auf diese Weise gefährdet die Klimakrise zunehmend die Ziele des ICPD-Aktionsprogramms für Fortschritte in der Geschlechtergerechtigkeit und im Bereich SRGR.<sup>58, 59, 60</sup>



## Globale Ungleichheit

Verstärkt durch die COVID-19-Pandemie, die Klimakrise und eine zunehmende Zahl bewaffneter Konflikte<sup>61</sup> hat die weltweite Ungleichheit in den letzten Jahren stark zugenommen.<sup>62, 63</sup> Dies zeigt sich vor allem wirtschaftlich in der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich: Seit 2020 haben sich die Vermögen der fünf reichsten Männer der Welt verdoppelt, während der Wohlstand von fünf Milliarden Menschen gesunken ist.<sup>64</sup> Diese Ungleichheit zeigt sich sowohl zwischen, als auch innerhalb von Ländern – verschärft

unter anderem durch **Rassismus**, **Sexismus**, **Homophobie** und/oder **Ableismus** (siehe Glossar).<sup>65, 66</sup>

Das betrifft auch die reichsten Länder der Welt: In den USA zum Beispiel ist das Risiko an Komplikationen im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft oder Geburt zu sterben für Frauen afrikanischer Abstammung fast dreimal höher als für Frauen ohne afrikanische Abstammung.<sup>67</sup> Die Ungleichheit zwischen den wohlhabendsten Ländern

Europas und Nordamerikas und einkommensschwachen Ländern in Afrika zeigte sich 2021 auf eklatante Weise bei der Verteilung von COVID-19-Impfstoffen: Während Länder wie Deutschland oder Spanien Impfstoffe für ihre Bevölkerungen in übermäßiger Anzahl aufkauften, mussten die meisten Menschen in afrikanischen Ländern noch viele Monate bis Jahre auf Impfstoffe warten.<sup>68, 69, 70</sup>

<sup>A</sup>Extreme Wärmebelastung bedeutet, dass eine Kombination von hohen Temperaturen und Luftfeuchtigkeit dazu führt, dass der menschliche Körper seine Temperatur nicht mehr regulieren, beziehungsweise, abkühlen kann.

## 2.2 Gemischte Bilanz 30 Jahre nach Kairo

Auch wenn vor allem die Entwicklungen der letzten fünf Jahre eine Herausforderung darstellen, konnten in den letzten dreißig Jahren erhebliche Fortschritte erzielt werden. Nach wie vor gibt es jedoch große Ungleichheiten in der Erfüllung von SRGR und Lücken in der Umsetzung des Kairoer Aktionsprogramms.

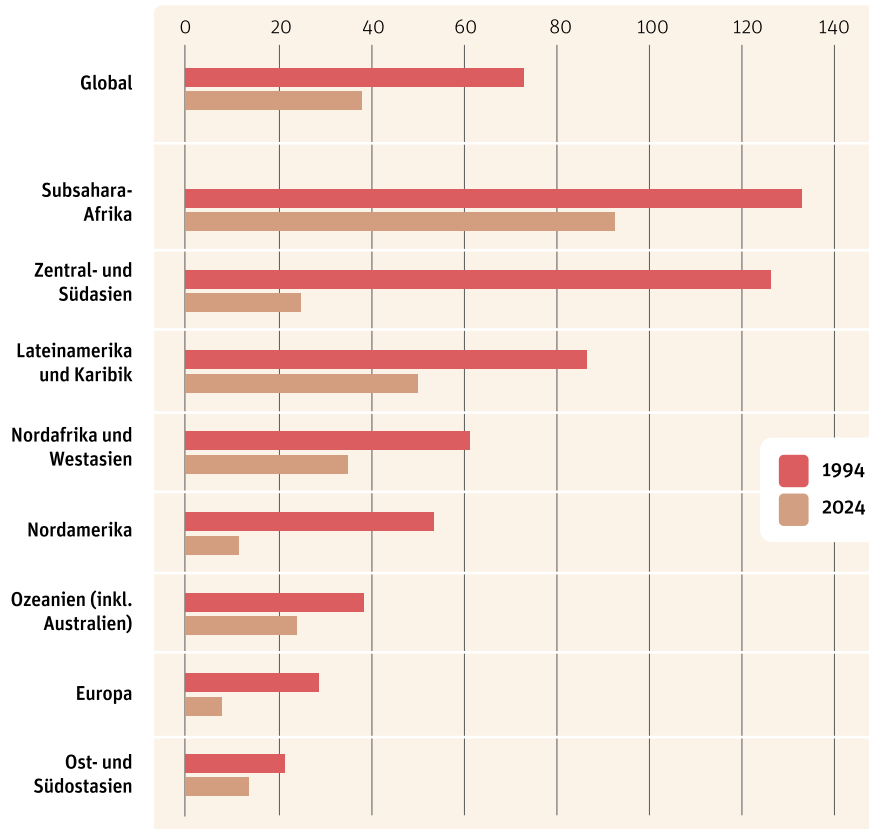
### Weniger Kinderehen, weniger frühe Geburten

Auf globaler Ebene ist die Geburtenrate für 15- bis 19-jährige Teenagerinnen im Laufe der letzten 30 Jahre um knapp die Hälfte gesunken, für 10- bis 14-jährige Mädchen sogar um drei Viertel. Trotzdem werden jedes Jahr noch 340.000 Babys von Müttern geboren, die jünger als 15 Jahre alt sind, davon ungefähr zwei Drittel in Subsahara-Afrika.<sup>71</sup>

Obwohl die Geburtenraten weltweit gesunken sind, ist die absolute Zahl der Geburten für 15- bis 19-Jährige in Weltregionen mit anhaltendem Bevölkerungswachstum gestiegen. So zum Beispiel in Subsahara-Afrika, wo 1994 Jugendliche in dieser Altersgruppe knapp vier Millionen Babys zur Welt gebracht haben und es 2024 schätzungsweise über sechs Millionen Geburten werden.<sup>72</sup>

Weitere Fortschritte sind dringend notwendig. Denn schon als Kind schwanger und möglicherweise Mutter zu werden, kann sich negativ auf das Leben und die eigene Zukunft auswirken – mitunter auf Bildungschancen, berufliche Perspektiven und die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Doch auch gesundheitlich birgt eine Schwangerschaft erhebliche Risiken für Jugendliche. Schon im Vergleich zu Frauen im Alter von 20 bis 24 Jahren sind Schwangerschaft und Geburt für Frauen im Teenageralter mit erhöhten Gesundheitsrisiken verbunden. Zudem sind Komplikationen im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt für 15- bis

### Weniger Mädchen werden bereits im Teenager-Alter Mutter



Zwischen 1994 und 2024 ist die Zahl der Geburten bei 15- bis 19-jährigen Mädchen weltweit um fast die Hälfte zurückgegangen. Ein Vergleich zwischen den Weltregionen zeigt allerdings starke regionale Unterschiede auf. In Zentral- und Südasien ist die Geburtenrate am stärksten zurückgegangen. In Subsahara-Afrika ist der Rückgang dagegen deutlich geringer und die Zahl der Geburten bei 15- bis 19-Jährigen immer noch auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Anzahl der Geburten pro 1.000 15- bis 19-jährigen Mädchen, 1994 und 2024, nach Weltregion  
(Datenquelle: UN DESA, World Population Prospects 2024<sup>73</sup>)

19-jährige Mädchen weltweit die zweithäufigste Todesursache.<sup>74, 75</sup>

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) schätzt, dass die meisten Mädchen, die unter 18 Jahren ein Kind bekommen,

bereits verheiratet sind.<sup>76</sup> Das bedeutet, dass die Abschaffung von Kinderehen – bereits im Kairoer Aktionsprogramm als Ziel beschlossen<sup>77</sup> – ein wichtiger Schritt ist, um frühe Schwangerschaft und Mutterschaft weiter zu reduzieren.

Auch hier hat es in den letzten Jahren wichtige Fortschritte gegeben: Auf globaler Ebene wurde 2012 noch knapp eins von vier Mädchen vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet, zehn Jahre später waren es etwas weniger als eins von fünf.<sup>78</sup> Ein Blick auf einzelne Regionen zeigt jedoch, dass sich die Situation nicht überall verbessert hat. Die größten Erfolge hat bisher Südasiens erzielt, wo 1997 noch knapp 60 Prozent aller Mädchen vor ihrem 18. Lebensjahr bereits verheiratet wurden, 2022 waren es nur noch 26 Prozent.<sup>79</sup> In Lateinamerika und der Karibik hingegen gab es kaum Veränderungen bei den Zahlen zu Kinderehen.<sup>80, 81</sup>

In Subsahara-Afrika ist in den letzten zehn Jahren der Anteil der früh verheirateten Mädchen von 38 Prozent auf 31 Prozent gesunken,<sup>82</sup> doch dieser Fortschritt wurde lediglich in den reichsten Familien erzielt, für die ärmsten sind die Zahlen hingegen gestiegen.<sup>83</sup> In den ärmsten Familien wird dort heute jedes zweite Mädchen vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet und jedes sechste sogar vor ihrem 16. Lebensjahr.<sup>84</sup>

## Müttersterblichkeit ist vermeidbar, doch Fortschritt stagniert

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Zahl der Frauen, die jährlich an den Folgen von Schwangerschaft oder Geburt sterben, um 34 Prozent gesunken. Allerdings stagniert die globale Müttersterblichkeit seit 2016.<sup>85</sup>

Die überwiegende Mehrheit der Todesfälle von Müttern ist heute medizinisch und technologisch vermeidbar. Warum ist die Müttersterblichkeit also in den letzten Jahren nicht weiter gesunken? Bei vielen Frauen werden Blutungen nach der Geburt oder schwangerschaftsbedingte Infektionen nicht behandelt. Zu den Gründen zählen fehlender Zugang zu Gesundheitsversorgung, Diskriminierung und mangelnde Ressourcen.<sup>86</sup> Besonders gefährdet sind Frauen in Kriegs- und Krisengebieten.<sup>87</sup>

Insbesondere in Subsahara-Afrika ist die Müttersterblichkeitsrate weiterhin sehr hoch: Hier sind im Jahr 2020 schätzungsweise 545 Frauen pro 100.000 Lebendgeburten gestorben. Zum Vergleich: Weltweit lag der Wert bei 223.<sup>88</sup> In drei afrikanischen Ländern war die Müttersterblichkeit mit über 1.000 weltweit am höchsten: In Nigeria starben 1.047 Frauen pro 100.000 Geburten, im Tschad 1.063 und im Südsudan sogar 1.223.<sup>89</sup>

Rassismus und andere Formen der Diskriminierung führen dazu, dass marginalisierte Frauen, wie indigene oder Schwarze Frauen, über die Jahre am wenigsten von Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung profitiert haben.<sup>90</sup> Besorgniserregend ist auch, dass die Müttersterblichkeit beispielsweise in Lateinamerika und der Karibik sowie in Nordamerika zwischen 2016 und 2020 sogar gestiegen ist.<sup>91</sup> Dies ist auf zunehmende Ungleichheit und soziale Ausgrenzung zurückzuführen, von der marginalisierte Frauen besonders betroffen sind.<sup>92</sup> Daten aus Nord- und Südamerika belegen, dass Mädchen und Frauen afrikanischer Abstammung aufgrund von strukturellem Rassismus und Sexismus eine schlechtere Gesundheitsversorgung erhalten als andere, was dazu führt, dass sie häufiger bei der Geburt ihres Kindes sterben.<sup>93</sup>

## Kinderehen und frühe Schwangerschaften in den USA

Globale Kampagnen zur Bekämpfung von Kinderehen und Teenagerschwangerschaften konzentrieren sich meist auf Länder und Regionen im Globalen Süden, wo die Zahl der Betroffenen am höchsten ist.<sup>94, 95</sup> Doch das bedeutet nicht, dass Kinder in Gesellschaften im Globalen Norden nicht ebenfalls betroffen sind.<sup>96</sup> Forscher:innen schätzen, dass beispielsweise in den Vereinigten Staaten zwischen 2000 und 2018 fast 300.000 Kinder verheiratet wurden.<sup>97</sup> Das Problem: In den USA sind Kinderehen in den meisten US-Bundesstaaten legal.<sup>98</sup> Dennoch ist die Zahl der geschätzten Kinderheiraten seit 2000 enorm zurückgegangen – von über 75.000 auf knapp 2.500 im Jahr 2018.<sup>99</sup>

Auch die Anzahl früher Schwangerschaften und Geburten in den USA ist in den letzten Jahrzehnten erheblich gesunken – wobei der Zusammenhang mit Kinderehen dort weniger stark ausgeprägt ist als in anderen Weltregionen. 1994 gab es unter 15- bis 19-Jährigen über 900.000 Schwangerschaften, von denen 500.000 zu einer Lebendgeburt führten.<sup>100</sup> Laut den neuesten Daten aus dem Jahr 2017 ist die Zahl der Schwangerschaften um zwei Drittel gesunken und die Zahl der Geburten um mehr als ein Drittel.<sup>101</sup> Allerdings wurde 2017 eine von vier Schwangerschaften mit einer Abtreibung beendet.<sup>102</sup> Es ist zu erwarten, dass die Verschärfung der US-amerikanischen Gesetzeslage zu Schwangerschaftsabbrüchen zu einer höheren Geburtenrate unter Jugendlichen führen wird.<sup>103</sup>

## Immer mehr Abtreibungsgesetze werden gelockert

Eine der häufigsten – und vermeidbaren – Ursachen für Müttersterblichkeit sind nach wie vor unsichere Schwangerschaftsabbrüche. Weltweit werden jedes Jahr über 70 Millionen Schwangerschaften mit einem Abbruch beendet.<sup>104</sup> Wenn Abtreibungen legal sind, nach medizinischen Richtlinien der WHO und von einer geschulten Person durchgeführt werden, sind sie ein sicherer und einfacher medizinischer Eingriff.<sup>105</sup> Schwangerschaftsabbrüche kommen in Ländern, wo sie grundsätzlich illegal sind, genauso häufig vor wie in Ländern, wo sie legal sind.<sup>106</sup> Restriktive Gesetze tragen jedoch direkt dazu bei, dass fast die Hälfte aller Abbrüche weltweit jedes Jahr unsicher ist.<sup>107</sup>

Welche Auswirkungen das hat, zeigt sich beispielsweise in Afrika: Obwohl der Zugang zu Abtreibungen in vielen Ländern gesetzlich eingeschränkt ist, gibt es jedes Jahr

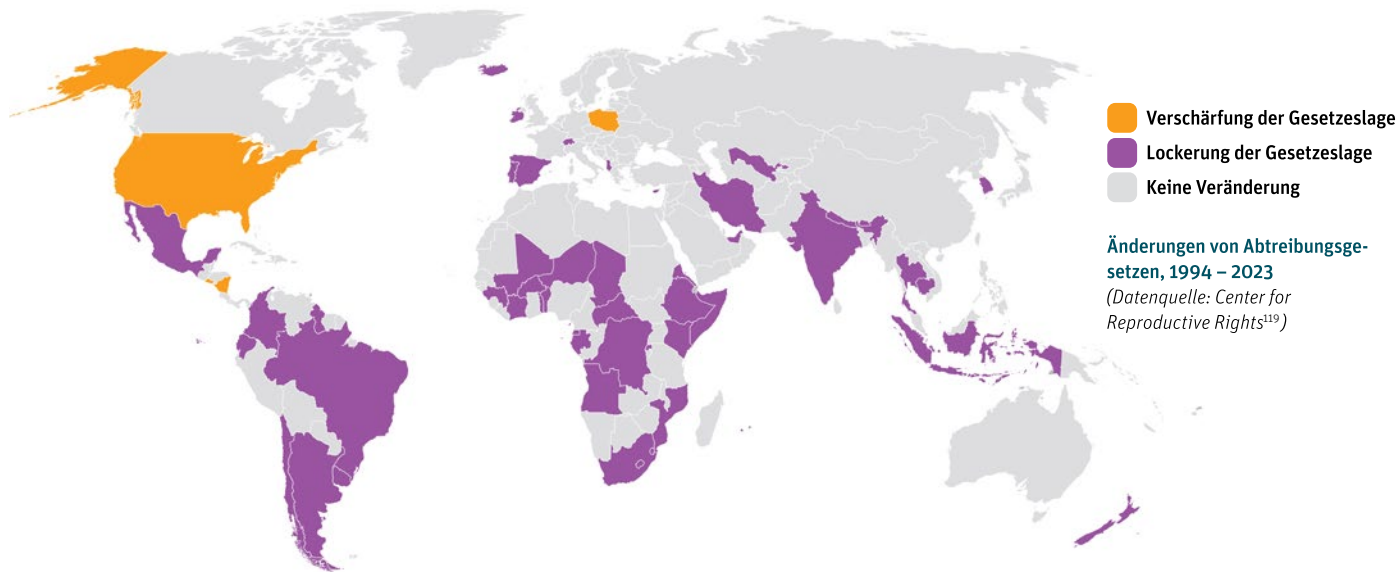
insgesamt elf Millionen Schwangerschaftsabbrüche auf dem Kontinent. Davon sind knapp drei Viertel – acht Millionen – unsicher.<sup>108</sup> Mehr als fünf Millionen Frauen benötigen medizinische Versorgung nach einem unsicheren Abbruch, doch lediglich die Hälfte von ihnen erhält die notwendige Versorgung.<sup>109</sup>

Die teilweise schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen einer unsicheren Abtreibung bis hin zum Tod sind vermeidbar. Ein wichtiger Schritt ist daher die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen – eine Erkenntnis, die sich in dem globalen Trend zur Lockerung von Abtreibungsgesetzen im Laufe der vergangenen 30 Jahre widerspiegelt. Allein zwischen 2019 und 2023 wurden weltweit 21 Gesetze geändert, um Schwangerschaftsabbrüche zugänglicher zu machen.<sup>110</sup> Im Gegensatz dazu haben seit 1994 nur vier Länder durch Gesetzesänderungen den Zugang zu einer legalen und sicheren Abtreibung für Schwangere erschwert: Die USA, El Salvador, Nicaragua und Polen.<sup>111</sup>

In Lateinamerika hat die feministische Bewegung *mare verde* (die grüne Welle), allein in den vergangenen vier Jahren historische Erfolge gefeiert: In Argentinien, Mexiko und Kolumbien wurden Abtreibungen entkriminalisiert.<sup>112, 113</sup> Anfang 2024 gab es weitere positive Entwicklungen, unter anderem in Polen und Deutschland, wo sich parlamentarische Ausschüsse dafür ausgesprochen haben, Abtreibungen innerhalb der ersten zwölf Wochen einer Schwangerschaft zu legalisieren.<sup>114, 115, 116</sup> Und nicht zuletzt hat Frankreich das Recht auf eine Abtreibung in der Verfassung des Landes verankert.<sup>117</sup>

Auf der anderen Seite kämpfen Anti-Gender-Akteur:innen in einigen Ländern für schärfere Gesetze. In Brasilien etwa setzen sich Abtreibungsgegner:innen im Parlament dafür ein, die Rechte von ungewollt Schwangeren weiter einzuschränken. Dabei lässt das brasilianische Gesetz schon heute nur in Fällen einer Vergewaltigung, Lebensgefahr für die Schwangere oder Missbildung des Fötus einen Abbruch zu.<sup>118</sup>

## Globaler Trend in Richtung Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen



Inbesondere Länder im Globalen Süden haben seit 1994 ihre Abtreibungsgesetze gelockert. Insgesamt haben in den letzten 30 Jahren mehr als 60 Länder ihre Gesetze, die bestimmen, unter welchen Umständen ein Schwangerschaftsabbruch erlaubt ist, gelockert. Entgegen diesem Trend haben vier Länder ihre Abtreibungsgesetze verschärft: El Salvador, Nicaragua, Polen und die USA.

## Nach wie vor zu wenig Sexualaufklärung

Umfassende Sexualaufklärung (*comprehensive sexuality education, CSE*) ist einer der wichtigsten Bausteine dafür, dass jede Person befähigt ist, frei und verantwortungsbewusst Entscheidungen über ihren Körper und ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit zu treffen. Schon im Kairoer Aktionsprogramm wurde anerkannt, dass altersgerechte Sexualaufklärung unter anderem an Schulen ausgeweitet werden muss, um ungeplante Schwangerschaften, HIV-Infektionen und andere sexuell übertragbare Infektionen (STI) sowie sexuelle Gewalt zu reduzieren.<sup>120</sup> Nur 15 Jahre später veröffentlichte die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation (UNESCO) die ersten internationalen Richtlinien zur Sexualaufklärung, um Sexualkunde möglichst umfassend im Schulunterricht weltweit zu etablieren.<sup>121</sup> Heute sind sich UN-Organisationen einig: „CSE ist eine Investi-

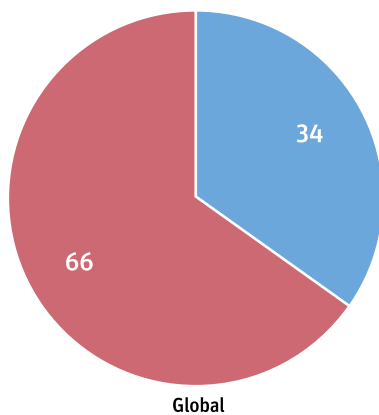
tion in die Gesundheit und das Wohlbefinden von Kindern und jungen Menschen.“<sup>122</sup>

Ob Sexualaufklärung auch an Schulen entsprechend unterrichtet wird, ist schwer zu messen. Für jedes Land müsste zunächst geprüft werden: Gibt es gesetzliche Richtlinien, die Sexualkunde an Schulen vorschreiben? Findet der Unterricht auch tatsächlich statt? Wie umfassend sind die Lehrpläne? Sind Lehrkräfte ausreichend ausgebildet, um CSE fachgerecht zu unterrichten? Unterstützen Eltern und Gemeinschaften Sexualaufklärung an Schulen, oder gibt es kulturellen oder politischen Widerstand?<sup>123</sup>

Die UNESCO berichtete 2021 von positiven Entwicklungen, was Sexualaufklärung in Schulen angeht: Von 123 Ländern meldeten 104, dass ihre nationalen Lehrpläne „relevante“ Sexualkunde-Themen beinhalten.<sup>124</sup> Doch was Regierungen melden, entspricht nicht automatisch der Realität im Klassenzimmer.<sup>125, 126</sup> Eine Analyse für den *Social Institutions and Gender Index, SIGI*, hat 2023

ergeben, dass lediglich 60 von 178 Ländern umfassende Sexualaufklärung in Schulen vorschreiben.<sup>127</sup>

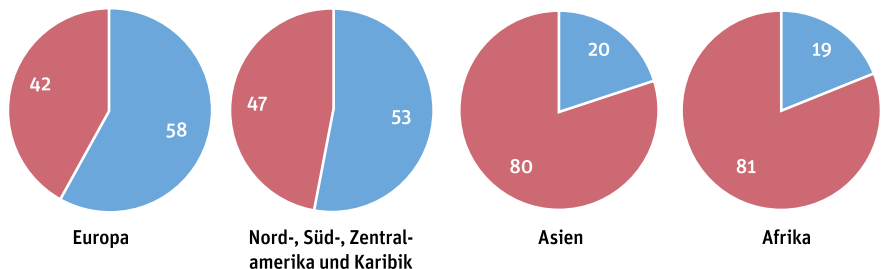
In vielen Ländern stößt Sexualaufklärung für Jugendliche auf erheblichen Widerstand. Stein des Anstoßes sind oft die Themen sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität. Hinter der Kritik verbirgt sich meistens die Ablehnung jeglicher Rechte für LSBTIQ\*-Menschen.<sup>128, 129</sup> In den letzten Jahren gab es in vielen Ländern – unter anderem Argentinien, Guatemala, Brasilien, den USA, Mali, Nigeria und Uganda – organisierte Kampagnen von Anti-Gender-Akteur:innen gegen eine umfassende Sexualaufklärung.<sup>130, 131, 132</sup> Auch wenn nicht alle diese Bemühungen, Gesetze oder Lehrpläne zu ändern, erfolgreich sind, bleiben sie oft nicht ohne Folgen: In Brasilien berichteten beispielsweise Lehrer:innen, dass sie wegen politischer Auseinandersetzungen rund um das Thema Angst haben, Sexualkunde zu unterrichten.<sup>133</sup>



- Umfassende Sexualaufklärung nicht verpflichtend im nationalen Lehrplan
- Umfassende Sexualaufklärung verpflichtend im nationalen Lehrplan

### Umfassende Sexualaufklärung nur in jedem dritten Land der Welt vorgeschrieben

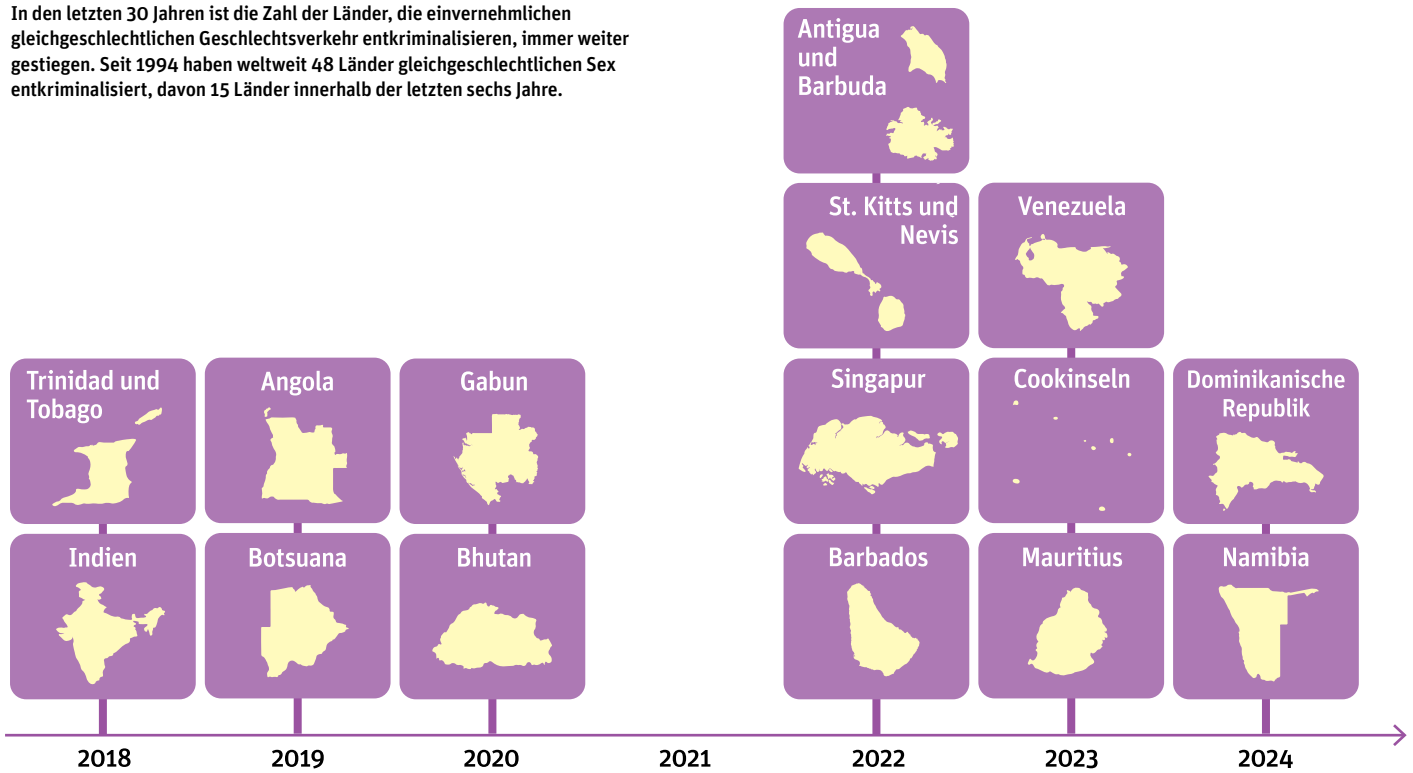
Eine umfassende und altersgerechte Sexualaufklärung ist grundlegend, damit Menschen selbstbestimmte und informierte Entscheidungen über *Safer Sex* (siehe Glossar), Verhütung und einvernehmliche sexuelle Beziehungen treffen können. Dennoch ist umfassende Sexualaufklärung weltweit nur in knapp einem Drittel aller Länder im Schullehrplan verankert. Während Sexualaufklärung in den Weltregionen Europa und Amerika in über 50 Prozent der Länder vorgeschrieben ist, ist sie es in Asien und Afrika mit rund 20 Prozent deutlich seltener.



Anteil der Länder pro Weltregion, in denen umfassende Sexualaufklärung verpflichtend im nationalen Lehrplan verankert ist, 2023, in Prozent (Datenquelle: OECD<sup>134</sup>)

## Stetige Fortschritte bei der Entkriminalisierung von einvernehmlichem gleichgeschlechtlichem Sex

In den letzten 30 Jahren ist die Zahl der Länder, die einvernehmlichen gleichgeschlechtlichen Geschlechtsverkehr entkriminalisieren, immer weiter gestiegen. Seit 1994 haben weltweit 48 Länder gleichgeschlechtlichen Sex entkriminalisiert, davon 15 Länder innerhalb der letzten sechs Jahre.



Länder, die seit 2018 einvernehmlichen gleichgeschlechtlichen Sex entkriminalisiert haben

(Datenquellen: HIV Policy Lab<sup>35</sup>, Human Rights Watch<sup>36</sup>, Amnesty International<sup>37</sup>)

### LSBTIQ\*-Rechte sind heute untrennbar von SRGR

Bei den Verhandlungen in Kairo waren sexuelle Rechte, und damit auch die Rechte von LSBTIQ\*-Personen, neben Abtreibungen ein Streitpunkt. Letztendlich haben sich 1994 konservative Staatsvertreter:innen durchgesetzt und somit wurden weder sexuelle Rechte noch die Bedürfnisse von **queeren** Menschen (siehe Glossar) im Aktionsprogramm aufgegriffen.<sup>138</sup> Der Weg zur Anerkennung von sexuellen Rechten und den Rechten von LSBTIQ\*-Menschen war lang<sup>139</sup>, doch heute sind sie in Menschenrechtsvereinbarungen sowie in den Institutionen der Vereinten Nationen anerkannt.<sup>140</sup>

Tatsächlich gab es seit 1994 in vielen Ländern der Welt enorme Fortschritte in Bezug auf die Rechte von LSBTIQ\*-Menschen.<sup>141</sup> Beispielsweise haben in den letzten drei Jahrzehnten 48 Länder gleichgeschlechtlichen Sex entkriminalisiert.<sup>142, 143, 144</sup> Dies ist zweifelsohne eine wichtige Entwicklung, doch Entkriminalisierung alleine reicht nicht aus, um die Rechte von LSBTIQ\*-Personen zu schützen.<sup>145</sup> Denn mehrere Rückschläge in den vergangenen Jahren haben schwerwiegende Auswirkungen gehabt. Die internationale Menschenrechtsorganisation *ILGA World* berichtet, dass neue, restriktive Gesetze darauf abzielen, sogenannte „Propaganda“ für sexuelle und geschlechtliche Diversität zu verbieten und die Arbeit von

Organisationen, die sich für die Menschenrechte von LSBTIQ\*-Personen einsetzen, zu erschweren.<sup>146</sup> So sieht etwa der verabschiedete „Anti-Homosexuality-Act“ in Uganda lange Haft- oder sogar die Todesstrafe für gleichgeschlechtliche Beziehungen vor.<sup>147, 148</sup> Gleichzeitig erreichten US-amerikanische Anti-Gender-Aktivist:innen innerhalb von vier Jahren die Kriminalisierung von geschlechtsangleichender medizinischer Behandlung von trans\* Jugendlichen in 25 US-Bundesstaaten (Stand Juli 2024).<sup>149, 150</sup> Die Rechte von LSBTIQ\*-Menschen bleiben also insgesamt stark umkämpft.



# 3 | DIE ANTI-GENDER-BEWEGUNG

Widerstand gegen SRGR gab es bereits vor dreißig Jahren bei der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo. Konservative und religiöse Akteur:innen vom Vatikan über islamische Staaten bis hin zu christlichen Fundamentalist:innen waren damals schon gut vernetzt. Sie erhoben Einspruch gegen Textpassagen, in denen es um den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, die Entscheidungsfreiheit von Frauen und Jugendlichen über Reproduktion und Sexualität, alternative Familienformen und die Inklusion von LSBTIQ\*-Personen ging.<sup>151</sup> Seitdem hat der Kampf um SRGR noch einmal an Fahrt aufgenommen und ist komplexer denn je. Der Widerstand gegen körperliche Selbstbestimmung und LSBTIQ\*-Rechte hat sich zu einer „Anti-Gender-Bewegung“ formiert, die weltweit heute noch besser vernetzt und professioneller aufgestellt ist und agiler handelt als damals.

## Unterschiedliche Akteur:innen

Die Anti-Gender-Bewegung ist eine transnationale Koalition konservativer Akteur:innen und Organisationen, die zum Ziel hat, die politischen und gesellschaftlichen Errungenschaften der feministischen Bewegung und von Menschenrechtsaktivist:innen zu untergraben.<sup>152</sup> Gemeinsam stellen sie sich gegen die von ihnen so bezeichnete „Gender-Ideologie“ oder auch „Gender-Theorie“. Akteur:innen innerhalb der Bewegung geben sich selbst ein positives Image, zum Beispiel als „pro-life“ (also „für das Leben“ und gegen Schwangerschaftsabbrüche) oder „pro-family“ (für die „traditionelle Familie“ und gegen LSBTIQ\*-Rechte).<sup>153</sup> Die Anfänge der Bewegung können bis zur ICPD in Kairo und der UN-Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing

zurückverfolgt werden. Bei beiden Konferenzen und in deren Abschlussdokumenten wurde erstmals der Begriff „Geschlecht“ (englisch *sex*) durch den Begriff „Gender“ ersetzt, der die sozial konstruierten Eigenschaften der Bezeichnung „Geschlecht“ hervorhebt.<sup>154</sup> Schon damals hat sich der Vatikan gemeinsam mit anderen Ländern dagegen ausgesprochen, den Begriff „Gender“ zu verwenden, da er im Widerspruch zu der Idee stehe, dass Frauen und Männer aufgrund ihrer biologischen Unterschiede bestimmte soziale Rollen innehaben.<sup>155</sup> Seitdem hat die Bewegung, die in Europa ihre Anfänge genommen hat, auch in Latein- und Nordamerika sowie Afrika Fuß gefasst und gewinnt immer mehr an politischer, sozialer und wirtschaftlicher Unterstützung.<sup>156</sup>

Akteur:innen in der Anti-Gender-Bewegung unterscheiden sich teilweise stark, was ihre Motivationen, Argumentationslinien und auch den Grad der Institutionalisierung der jeweiligen Gruppe oder Organisation angeht: Es handelt sich mitunter um Initiativen, die sich für traditionelle Familienmodelle und gegen Abtreibung aussprechen, um rechtsgerichtete Medien, aber auch um rechtsradikale nationalistische Parteien und Rechtspopulist:innen. In Ungarn ist die „Anti-Gender-Ideologie“ mittlerweile sogar offizieller Standpunkt der Regierung.<sup>157</sup> Auch auf internationaler Ebene formen sich Anti-Gender-Koalitionen wie zum Beispiel die Europäische Bürgerinitiative „Vater, Mutter und Kind“ zum Schutz von Ehe und Familie in der Europäischen Union (EU) und Interessensverbände wie das *European Centre for Law and Justice* und die *Agenda Europe*. Letztere verbindet

150 Organisationen in 30 verschiedenen Ländern und möchte auf EU-Ebene Scheidungen, künstliche Befruchtung sowie gleichgeschlechtliche Ehen und Adoptionen verbieten und die Gleichstellungsgesetze abschaffen.<sup>158</sup>

## Vereint durch ein diffuses Feindbild

Der Begriff „Gender“ hat inzwischen Eingang in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs gefunden. Der konservativen Anti-Gender-Bewegung dient er als Projektionsfläche für verschiedene Formen des Widerstands gegen ein progressiveres Verständnis von Sexualität, Fortpflanzung und Familie. Gleichstellungspolitik, so die Argumentation von Anti-Gender-Akteur:innen, ziele nicht mehr darauf ab, gleiche Rechte zu garantieren, sondern biologische Fakten über Männer und Frauen zu leugnen. Ihr Ziel sei es, traditionelle Geschlechterrollen, einschließlich der Mutter- und Vaterrolle in der Familie, abzuschaffen.<sup>159</sup> „Gender-Ideologie“ wird so zu einer Art vermeintlichen Verschwörungstheorie, deren Ziel das Ende der „natürlichen Ordnung“ sei.<sup>160</sup>

Die Anti-Gender-Bewegung behauptet zum Beispiel, dass Gender, Geschlechtergerechtigkeit und Homosexualität neokoloniale Konzepte seien, die nun im Globalen Süden bekämpft werden müssten.<sup>161</sup> Dabei ist das Verständnis dessen, was die Anti-Gender-Bewegung als die „traditionelle“ oder „natürliche Familie“ bezeichnet, eng verwoben mit der Kolonialgeschichte. Denn im westlichen Idealbild stellte die heterosexuelle Kernfamilie die Grundlage für eine wünschenswerte



soziale und politische Entwicklung dar – ein Ideal, welches in europäischen Kolonien auch durch Gesetze verankert wurde.<sup>162, 163</sup> Die Kernfamilie, bestehend aus einem verheirateten Paar aus Mann und Frau, wurde als Zeichen der Zivilisation angesehen – und diente so dazu, Menschen und Gesellschaften, die dieses Familienmodell nicht praktizierten, als „unzivilisiert“ zu klassifizieren.<sup>164</sup> Diese Ideale finden sich auch heute noch vielerorts in der Rechtsprechung und in Gesetzestexten, die häufig noch aus der Kolonialzeit stammen.<sup>165</sup> In Ländern, die Teil des britischen Empire waren, werden gleichgeschlechtliche Beziehungen beispielsweise häufiger kriminalisiert als anderswo: Von 53 Ländern, die vom britischen Empire kolonisiert wurden oder heute Mitglied im Commonwealth sind, werden gleichgeschlechtliche Beziehungen in 37 davon kriminalisiert.<sup>166</sup>

Der überaus schwammige Begriff der „Gender-Ideologie“ ist somit eine Art Auffangbecken für sehr unterschiedliche und teilweise widersprüchliche Auffassungen. Sie kann je nach Kontext die Gefährdung der „traditionellen Familie“, ein Risiko für die nationale Sicherheit – nach Ansicht des russischen Machthabers Putin – oder, in den Augen von Papst Franziskus, die schlimmste derzeitige Bedrohung für die Menschheit bedeuten.<sup>167, 168</sup>

## Die Anti-Gender-Bewegung ist gut finanziert

Anti-Gender-Akteur:innen gehen heutzutage professioneller vor als noch zu Zeiten der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz. Die Bewegung verfügt über erhebliche finanzielle Ressourcen und ein ausgedehntes Netzwerk an Wissenschaftler:innen, die Narrative gegen progressive Veränderung weiterverbreiten und zitierbar machen. Ein prominentes Beispiel dafür, wie „alternative“ wissenschaftliche Fakten produziert werden, ist der ultrakonservative Think Tank *Ordo Iuris* in Polen. Er hat Initiativen wie die „LSBT-Ideologie-freie Zonen“ auf den Weg gebracht. Verschiedene Gemeinden und Regionen in

## Menschenrechtsfeindliche Exporte aus den USA

Anti-Gender-Organisationen aus den USA arbeiten weltweit. So hat beispielsweise die Organisation *Family Watch International* (FWI) gezielt Einfluss auf die Anti-LSBTIQ\*-Gesetzgebung in Uganda genommen. FWI ist eine ideologisch-religiös motivierte Organisation mit engen Verbindungen zur mormonischen Kirche und einigen ihrer wohlhabendsten Mitglieder. Sie verbreitet nicht nur in den USA homophobe Ideen und Desinformation, sondern auch bei den Vereinten Nationen sowie in Ostafrika, und nimmt so international Einfluss auf die Gesundheits-, Bildungs- und Menschenrechtspolitik.<sup>169</sup>

In Uganda engagiert sich FWI beispielsweise schon seit dem Jahr 2007 für LSBTIQ\*-feindliche Gesetzgebung. Die Organisation verbreitete jahrzehntelang sogenannte „Lehrmaterialien“ vor Ort und stellte Geld mit dem Ziel bereit, die Rechte von queeren Menschen einzuschränken. Schließlich konnte nachgewiesen werden, dass FWI auch bei der Ausarbeitung des

Anti-Homosexuellen-Gesetzes in Uganda mindestens wissend involviert war. Das Gesetz ist seit 2023 in Kraft und stellt homosexuelle Handlungen unter strenge Strafen von lebenslanger Haft bis hin zur Todesstrafe.<sup>170</sup>

Nach Einführung des Gesetzes sponsorte FWI eine Konferenz unter dem Titel „Die erste regionale interparlamentarische Konferenz und der erste regionale Dialog Afrikas über die globalen Herausforderungen für den Schutz afrikanischer Kinder, afrikanischer Familien sowie afrikanischer Kultur und Werte“.<sup>B</sup> Die Konferenz brachte Anti-Abtreibungs- und Anti-LSBTIQ\*-Aktivist:innen zusammen und hatte in der Region großen Einfluss: In Kenia wird seit Mitte 2023 ebenfalls über die Einführung eines „Familienschutzgesetzes“ (*Family Protection Bill*) diskutiert, das unter anderem gleichgeschlechtliche Ehen sowie LSBTIQ\*-Organisationen verbieten würde.<sup>171, 172</sup>

Polen riefen solche „LSBT-freie Zonen“ aus, um Veranstaltungen und Proteste der queeren Community zu unterbinden. *Ordo Iuris* ist außerdem bekannt dafür, Initiativen zur Einschränkung von Schwangerschaftsabbrüchen, zur Kriminalisierung von Sexualaufklärung in Schulen und für den Austritt Polens aus der Istanbul-Konvention des Europarats gegen geschlechtsspezifische Gewalt mitgetragen zu haben.<sup>173, 174</sup> Die beiden letzteren Gesetzesvorhaben wurden zwar aufgrund des Regierungswechsels hin zu einer liberaleren Regierung Ende 2023 nicht mehr umgesetzt. Doch auch wenn derzeit wieder über eine Lockerung des Abtreibungsgesetzes im Parlament debattiert wird, sind Schwanger-

schaftsabbrüche in Polen seit 2021 nahezu komplett verboten.<sup>175</sup>

Die Anti-Gender-Bewegung lässt sich nicht mehr eindeutig einer bestimmten Konfession oder religiösen Gemeinschaft zuordnen. Stattdessen inszenieren sich ihre Vertreter:innen als die einzigen rationalen Stimmen in einem „entgleisten Diskurs“ und als „stille Mehrheit“, die eine von einer vermeintlichen „Lobby“ oder „den Eliten“ unterdrückte Meinung verteidigt.<sup>176</sup> Durch den sogenannten „Marsch durch die Institutionen“, versuchen Vertreter:innen der Anti-Gender-Bewegung in wichtige Positionen in beratenden oder Entscheidungsgremien zum Beispiel der EU

<sup>B</sup> „The First African Regional Inter-Parliamentary Conference and Dialogue on the Global Challenges to the Protection of the African Child, the African Family, and African Culture and Values“

oder des Europarats zu kommen, um in transnationalen Organisationen an Einfluss zu gewinnen. Sie bedienen sich auch verschiedener Formen strategischer Prozessführung, um Gerichte bei Entscheidungen zu beeinflussen.<sup>177</sup>

Lange wurde unterschätzt, welche Gefahr die Anti-Gender-Bewegung für die Errungenschaften im Bereich SRGR darstellt. Auch das Ausmaß und die Herkunft ihrer finanziellen Ressourcen war unklar. Allein US-amerikanische Organisationen, die dem rechten Milieu zugeordnet werden können, haben weltweit seit 2008 etwa 280 Millionen US-Dollar investiert, um Gesetze und die öffentliche Meinung zu SRGR negativ zu beeinflussen, davon circa 54 Millionen in Subsahara-Afrika.<sup>178</sup> Die Hauptfinanzquellen der europäischen Anti-Gender-Bewegung sind neben der EU in den USA und Russland zu finden. Die Höhe der Unterstützung ist beachtlich: Zwischen 2009 und 2018 kamen Investitionen in Höhe von über 700 Millionen US-Dollar zusammen.<sup>179</sup>

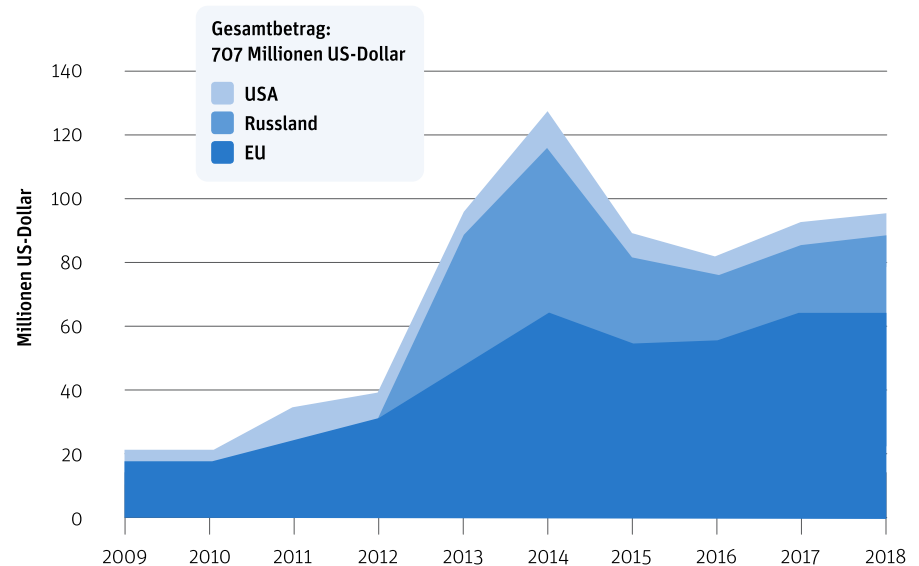
## Politische Entwicklungen gefährden den Fortschritt

Und die Rechnung scheint aufzugehen: Zunehmend feiern rechte Parteien Wahlerfolge mit Programmen, die den Zugang zu SRGR einschränken wollen, zum Beispiel in Italien, Frankreich, Deutschland und den USA.<sup>181, 182, 183</sup> Damit sind nicht nur bereits erungene Rechte und Freiheiten auf nationaler Ebene in Gefahr, sondern auch das Ziel der internationalen Zusammenarbeit, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte für alle zu verwirklichen, ganz im Sinne des historischen Konsenses der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz. So gab es zum Beispiel bei der 57. Sitzung der Kommission für Bevölkerung und Entwicklung (*Commission for Population and Development*, CPD) im April 2024 erfolgreichen Widerstand gegen die Aufnahme von Sprache zu SRGR im Abschlussdokument.<sup>184</sup>

Wie nationale Gesetzgebung internationale Fortschritte bei SRGR erschweren und sogar

## Woher das Geld für die Anti-Gender-Bewegung in Europa kommt

Die Summe, die internationale Anti-Gender-Akteur:innen in Europa investiert haben, ist in den letzten Jahren stark gestiegen: Waren es 2009 noch rund 20 Millionen US-Dollar, die pro Jahr aufgebracht wurden, waren es 2018 knapp 100 Millionen. Insgesamt sind über den genannten Zeitraum über 700 Millionen US-Dollar an die europäische Anti-Gender-Bewegung geflossen. Während die meisten dieser Gelder aus der EU stammen, kommen immerhin ein Viertel der Investitionen – 188 Millionen US-Dollar – aus Russland. Weitere 81 Millionen US-Dollar stammen aus den USA.



### Anti-Gender-Finanzierung in Europa nach Ursprungsregion, 2009 bis 2018, in US-Dollar

(Datenquelle: EPF - Europäisches Parlamentarisches Forum für sexuelle und reproduktive Rechte<sup>180</sup>)

rückgängig machen kann, zeigt sich am Beispiel der USA. Im Jahr 1984 führte Präsident Ronald Reagan die *Mexico City Policy* (MCP) ein, die von Kritiker:innen auch als „Global Gag Rule“ bezeichnet wird. Die Regel verbietet ausländischen Nichtregierungsorganisationen, die US-Entwicklungsgelder für Familienplanungsprogramme erhalten, Abtreibungen durchzuführen, dazu Beratungsleistungen anzubieten, Lobbyarbeit für deren Legalisierung zu betreiben oder sich auch nur positiv über Schwangerschaftsabbrüche zu äußern. Diese Regel wurde in den folgenden Jahrzehnten von allen Präsidenten der Demokratischen Partei aufgehoben und von allen Präsidenten aus Reihen der Republikaner:innen wieder fortgesetzt. In den ersten Monaten der Amtszeit von Donald Trump

wurde diese Regelung 2017 allerdings erheblich ausgeweitet, sodass sie für alle US-amerikanischen Entwicklungsgelder im globalen Gesundheitsbereich galt.<sup>185, 186, C</sup>

Kurz bevor die Trump-Regierung abgewählt wurde, hat sie noch einen weiteren Vorstoß gegen das Recht auf Abtreibung unternommen. Im Herbst 2020 initiierte der damalige US-Staatssekretär Mike Pompeo die *Geneva Consensus Declaration* (GCD), in der die USA zusammen mit anderen abtreibungskritischen Staaten konservative Positionen in Bezug auf den Zugang zur Gesundheitsversorgung für Frauen entwarf. Vorgesehen ist die „Stärkung der Familie“, die „Bewahrung menschlichen Lebens“ und der „Schutz nationaler Souveränität“. Ein internationales

Recht auf Abtreibung wird in der GCD explizit abgelehnt.<sup>187</sup> Insgesamt wurde die GCD von 32 Staaten unterschrieben.<sup>188</sup>

Ebenfalls weitreichende Folgen für die SRGR hatte die Entscheidung des US-Verfassungsgerichts im Jahr 2022, das Recht auf Abtreibung auf nationaler Ebene zu widerrufen (das sogenannte *Dobbs*-Urteil). Dieses Urteil hat nicht nur verheerende Auswirkungen darauf, wie und ob ungewollt Schwangere in den USA Hilfe finden, sondern gefährdet auch die Finanzierung von Projekten zu SRGR durch USAID, der US-amerikanischen Entwicklungsagentur.<sup>189</sup> Die Signalwirkung für andere Länder durch diese Aushöhlung des Rechts auf Selbstbestimmung ist enorm: Untersuchungen zeigen, dass durch die *Dobbs*-Entscheidung beispielsweise in Kolumbien, Nigeria und Kenia Initiativen gegen das Recht auf Abtreibung Auftrieb erhalten.<sup>190</sup> Und in Uganda zitierte der dortige Oberste Gerichtshof das *Dobbs*-Urteil, als Anfang 2024 das „Anti-Homosexuellengesetz“ bestätigt wurde.<sup>191</sup>

Der Einfluss politischer Entscheidungen in den USA auf die Finanzierung von SRGR weltweit hat potenziell eine enorme Tragweite: 2022 waren die USA mit 15,8 Milliarden US-Dollar der größte Geldgeber im Bereich Gesundheit.<sup>192</sup> Sollte die republikanische Partei im Herbst 2024 die Präsidentschaftswahlen erneut gewinnen, wird ihr Kandidat Donald Trump vermutlich die MCP in einer stark ausgeweiteten Form wiedereinführen. Der republikanischen Agenda „Project 2025“ lässt sich entnehmen, dass die Einschränkungen dann für alle Arten der Entwicklungszusammenarbeit gelten würden, nicht nur für Gesundheitsdienste. Somit würde die gesamte Summe von insgesamt 67,5 Milliarden US-Dollar, die im Förderjahr 2022 in Entwicklungszusammenarbeit investiert wurden, der neuen MCP unterliegen.<sup>193</sup> Das würde zum

Beispiel bedeuten, dass UN-Institutionen und andere internationale Organisationen, die humanitäre Hilfe leisten und US-Entwicklungsgelder erhalten, Frauen keine umfassende reproduktive Gesundheitsversorgung und -beratung anbieten dürfen – oder eben auf die US-Gelder verzichten müssten.

All diese Entwicklungen zeigen deutlich, dass der Kampf um das Recht auf Selbstbestimmung keineswegs ausgefochten ist. Insbesondere das Ende des Rechts auf Abtreibung in den USA war ein schmerzlicher Rückschlag, der einerseits der globalen Anti-Gender-Bewegung Aufschwung verliehen hat. Andererseits haben aber auch feministische Bewegungen wieder an Momentum gewonnen und sich global stärker vernetzt. Immer mehr wird das Prinzip der reproduktiven Gerechtigkeit als Anspruch formuliert, als Weg, bestehende Ungleichheiten zu überwinden. Wie dieser Ansatz der Anti-Gender-Bewegung entgegen wirken kann und welche Bestrebungen, ihn umzusetzen es bereits gibt, wird im folgenden Kapitel erläutert.

<sup>c</sup>Die Auswirkungen, die das auf den Bereich der SRGR hatte, haben wir in einer Studie dokumentiert: S. Endnote 186.

# 4

# AUF DEM WEG ZU REPRODUKTIVER GERECHTIGKEIT

Wie schon vor 30 Jahren stehen sexuelle und reproduktive Rechte auch heute noch im Zentrum von juristischen und politischen Auseinandersetzungen und Aushandlungsprozessen. Während sich die Anti-Gender-Bewegung um zunehmende Einschränkungen dieser Rechte bemüht, hat sich das Verständnis von SRGR im internationalen Diskurs stetig weiterentwickelt. So sind zum Beispiel sexuelle Rechte inzwischen ein etablierter Bestandteil des Konzepts SRGR. Außerdem setzen erste Projekte lustzentrierte Sexualaufklärung um – das heißt Aufklärung, die die Lust und Freude beim Sex in den Mittelpunkt stellt. Diese Art der Aufklärung vermittelt ein positives Bild von Sex und kann dazu beitragen, schädliche Geschlechternormen abzubauen.

Zudem findet in vielen zivilgesellschaftlichen und UN-Organisationen das Konzept der „reproduktiven Gerechtigkeit“ immer mehr Anwendung. Ursprünglich ein Begriff der feministischen Bewegung, ist sie nun immer mehr auch Bestandteil des internationalen Diskurses: Die Hochrangige Kommission zum Follow-up des Nairobi-Gipfels zum 25. Jubiläum der ICPD (*High Level Commission on the Nairobi Summit on ICPD25 Follow-up, HLC*) war damit beauftragt, die Fortschritte im Bereich SRGR seit dem UN-Gipfel in Nairobi 2019 zu bewerten. Die Mitglieder der HLC fordern, dass reproduktive Gerechtigkeit als Leitlinie in der Entwicklungszusammenarbeit weltweit angewendet werden sollte. Dies bedeute, sämtliche Barrieren zu sexuellen und reproduktiven Rechten – soziale, legale, umweltbedingte, wirtschaftliche wie politische – zu beseitigen. Dafür sei es erforderlich, auch miteinander verschränkte Formen von Diskriminierung in den Blick zu nehmen, das heißt, einen **intersektionalen** Ansatz (siehe Glossar) zu verfolgen.<sup>194</sup>

## In den letzten 31 Jahren haben sich feministische Ansätze immer mehr durchgesetzt

**Bereits 1993 forderte die Schwarze brasilianische Frauenbewegung in einer Erklärung erstmals ausdrücklich „reproduktive Rechte“. Im Jahr darauf fand nicht nur die Weltbevölkerungskonferenz in Kairo statt, auch die Bewegung für reproduktive Gerechtigkeit wurde gegründet. Vor allem in den letzten Jahren bekannnten sich immer mehr Länder zu einer feministischen Außen- und/oder Entwicklungspolitik, wovon reproduktive Gesundheit und Rechte ein essenzieller Teil sind. Dieser Zeitstrahl hebt ausgewählte Meilensteine hervor.**

1993	Erklärung von Itapeccerica da Serra: Erstmals fordert die brasilianische Schwarze Frauenbewegung ausdrücklich „reproduktive Rechte“
1994	Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit wird von Schwarzen Feminist:innen in Chicago benannt Weltbevölkerungskonferenz in Kairo
2005	Zugang zu reproduktiver Gesundheit wird in die Millenniums-Entwicklungsziele aufgenommen
2014	Schweden verkündet als erstes Land feministische Außenpolitik
2015	Agenda für nachhaltige Entwicklung ( <i>Sustainable Development Goals, SDGs</i> ) wird verabschiedet
2017	Kanada beschließt feministische Entwicklungspolitik
2018	Die Gutmacher-Lancet Kommission veröffentlicht eine neue, umfassende Definition von SRGR
2019	Nairobi-Gipfel zum 25. Jubiläum der ICPD
2020	Mexiko bekennt sich zu einer feministischen Außenpolitik
2021	Deutschland nimmt Konzept feministischer Außenpolitik im Koalitionsvertrag der aktuellen Ampelregierung auf
2023	Bundesregierung veröffentlicht Leitlinien für feministische Außen- und Entwicklungspolitik

Die zunehmende Auseinandersetzung damit, wie SRGR inklusiver für Menschen in all ihrer Diversität gestaltet werden könnten, findet sich auch in den Leitlinien der Bundesregierung für feministische Entwicklungszusammenarbeit.<sup>195</sup> In den letzten zehn Jahren haben – angefangen mit Schweden im Jahr 2014 – immer mehr Länder verkündet, eine feministische Außen- und/ oder Entwicklungspolitik verfolgen zu wollen. Auch wenn

es keinen einheitlichen Ansatz gibt, wie feministische Außen- und Entwicklungspolitik umgesetzt werden soll – klar ist: SRGR und Menschenrechte sind zentrale Bestandteile davon.

Mit Sicht auf die globalen Herausforderungen – dazu gehört die Anti-Gender-Bewegung – ist es unerlässlich, weiterzudenken und neue,

inklusive Ansätze zu verfolgen. Dies zeigt auch die gemischte Bilanz von Fortschritten und Rückschlägen der letzten 30 Jahre. Dieses Kapitel beleuchtet, wie das Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit entstanden ist und warum es – gemeinsam mit anderen neuen Praxisansätzen – eine Zukunftsperspektive für die Erfüllung der Kairoer Ziele darstellt.

## 4.1 Die Entstehung des Konzepts der reproduktiven Gerechtigkeit

Eigentlich ist das Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit gar nicht neu. Kurz vor der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo entwickelte eine Gruppe Schwarzer Feminist:innen um Loretta J. Ross im Jahr 1994 den Begriff reproduktive Gerechtigkeit. Die Aktivist:innen machten darauf aufmerksam, wie strukturelle Ungleichheiten, Armut und Rassismus die Lebensrealitäten von Schwarzen, indigenen und Frauen of Color (*Black, Indigenous, People of Color*, BIPOC) beeinflussen und damit auch ihre Entscheidung für oder gegen Kinder. Sie kritisierten, dass die internationale Frauenrechtsbewegung, die hauptsächlich aus *weißen* Frauen (siehe Glossar) aus der Mittelschicht bestand, die unterschiedlichen und vielfältigen Lebensrealitäten marginalisierter Personen nicht angemessen berücksichtigte. Der Fokus der *weißen* Frauenbewegung aus der Mittelklasse lag darauf, Abtreibungen zu legalisieren.<sup>196</sup> Doch während das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch ein zentraler Aspekt von SRGR ist, geht das Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit über die rein rechtlichen Rahmenbedingungen weit hinaus und schließt wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheiten mit ein.

### Es geht um mehr als die Legalisierung von Abtreibungen

Loretta J. Ross und ihre Mitstreiter:innen machten darauf aufmerksam, dass es ohne Zugang auch keine Wahlmöglichkeit gibt: Re-

produktive Gerechtigkeit „[is] about access, not choice“.<sup>197</sup> Viele von materieller Armut Betroffene, können sich die Kosten für eine Abtreibung schlicht nicht leisten. Andere leben in ländlichen Gebieten weit entfernt von der nächsten Klinik und können aufgrund ihrer Sorgearbeit die weite Fahrt nicht auf sich nehmen.<sup>198</sup> Eine Tatsache, die oft vergessen wird: Viele Frauen, die eine Schwangerschaft abbrechen (möchten), sind bereits Mütter mehrerer Kinder, für deren Betreuung sie möglicherweise hauptverantwortlich sind.<sup>199</sup> Das heißt – vor allem, wenn sie eine weite Anreise zur nächsten Klinik auf sich nehmen müssen –, dass sie eine gegebenenfalls kostenpflichtige Betreuung für ihre Kinder organisieren müssen. Deshalb richtet das Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit den Blick stärker auf das ganze Umfeld, von den finanziellen Ressourcen bis hin zu den Unterstützungsangeboten, die den Schwangeren zur Verfügung stehen. Dies beeinflusst maßgeblich, wie Menschen Entscheidungen über Ihre Fortpflanzung und Sexualität treffen.

Um reproduktive Gerechtigkeit zu erreichen, braucht es neben kostenloser Verhütung und umfassender Sexualaufklärung, Vorbeugung und Behandlung von sexuell übertragbaren Infektionen, alternativen Geburtsoptionen, Versorgung vor und nach der Geburt und Unterstützung bei häuslicher Gewalt, noch sehr viel mehr – von angemessenen Löhnen und einem sicheren Zuhause, bis Freiheit von rassistischer Polizeigewalt und Ernährungssicherheit.<sup>200</sup>

### Die Grundsätze reproduktiver Gerechtigkeit

Neben der Forderung nach sexueller und geschlechtlicher Selbstbestimmung für alle Menschen beinhaltet reproduktive Gerechtigkeit drei grundlegende Rechte:

- **Das Recht, unter selbst gewählten Bedingungen ein Kind oder (mehrere) Kinder zu bekommen**
- **Das Recht, keine Kinder zu bekommen und sicheren Zugang zu Verhütung und Abtreibung zu erhalten**
- **Das Recht auf Elternschaft in einer sicheren Umgebung, frei von Repression, Armut und Gewalt**

Diese Grundsätze sind eng miteinander verwoben und können nicht unabhängig voneinander betrachtet werden.<sup>201, 202, 203</sup>

## Wer kann frei über Elternschaft entscheiden?

Reproduktive Gerechtigkeit soll reproduktive Gesundheit und Rechte als konzeptionellen Rahmen nicht ersetzen. Allerdings schärft sie bewusst den Blick auf bestehende Ungleichheiten und beleuchtet intersektionale Formen der Unterdrückung, indem sie reproduktive Rechte und soziale Gerechtigkeit in einem Konzept vereint.<sup>204</sup>

Reproduktive Gerechtigkeit lenkt den Blick auf Fragen wie, wer frei entscheiden kann, (keine oder mehrere) Kinder zu bekommen und wer nicht, oder welche Personen von Staat und Gesellschaft dazu ermutigt werden, Eltern zu werden, und welche eher daran hindert. Reproduktive Gerechtigkeit ermöglicht es erst, dass jede Person sich „frei von Angst, Armut, Gewalt, Bestrafung, Stigma oder Verletzung“<sup>205</sup> für oder gegen Kinder und Elternschaft entscheiden kann. Dazu ist es aber erforderlich, Strukturen zu schaffen, die Ungleichheiten reduzieren und den Zugang für SRGR für alle zu schaffen.

Denn viele Menschen sehen sich hohen Barrieren gegenüber, die sie daran hindern, sich frei für oder gegen Kinder und Elternschaft zu entscheiden. Dazu gehören zum Beispiel

Geflüchtete und Menschen in Asylverfahren. Auch sie haben ein Recht darauf, ihre Kinder in einer sicheren Umgebung großzuziehen, jedoch gibt es kaum sichere Fluchtwege. Zudem haben Frauen auf der Flucht oft keinen Zugang zu reproduktiven Gesundheitsdienstleistungen. Selbst für Asylbewerbende, die es nach Deutschland geschafft haben, ist gute Gesundheitsversorgung keine Selbstverständlichkeit. Die Organisation *Women in Exile* berichtet, dass viele geflüchtete Frauen gynäkologische Probleme haben, aber keine ärztliche Hilfe erhalten. Manchmal raten Schmuggler Frauen dazu, ein Verhütungsimplantat einsetzen zu lassen, da es auf der Flucht zu Vergewaltigungen kommen kann. Nach der Ankunft in Deutschland haben die betroffenen Frauen dann Probleme, das Implantat wieder entfernen zu lassen, da die Kosten dafür nicht übernommen werden.<sup>206</sup>

Reproduktive Gerechtigkeit erfordert auch mehr Unterstützung für LSBTIQ\*-Menschen. Bis heute müssen lesbische und bisexuelle Frauen in Deutschland gemeinsame Kinder, die sie mit ihren Partnerinnen haben, adoptieren, um als Elternteil rechtlich anerkannt zu werden.<sup>207</sup> In den meisten Ländern der Welt herrscht weiterhin ein heteronormatives Familienbild vor. Nach wie vor kann sich ein schwangerer trans\* Mann in vielen Ländern,

zum Beispiel in Kolumbien, nur als „Mutter“ in medizinische Unterlagen und offizielle Dokumente eintragen.<sup>208</sup> Trans\*, nicht-binäre und intergeschlechtliche Menschen werden in Maßnahmen zu SRGR häufig außen vor gelassen, weil den Bedürfnissen von cis Frauen (siehe Glossar) aus der Mittelschicht Priorität eingeräumt wird.<sup>209</sup> Darüber hinaus gehört zu echter reproduktiver Gerechtigkeit auch der Zugang für diejenigen, die aus verschiedenen Gründen als unwürdig angesehen werden, Entscheidungen über ihr eigenes Leben zu treffen, zum Beispiel Inhaftierte oder Menschen in Auffanglagern.<sup>210</sup>

Koloniale, kapitalistische, rassistische, ableistische und queerfeindliche Strukturen führen dazu, dass es für BIPOc, LSBTIQ\* Personen, Menschen mit Behinderungen, von Armut Betroffene, inhaftierte Personen und Menschen auf der Flucht viel schwieriger, wenn nicht sogar unmöglich ist, in Sicherheit Kinder zu bekommen und großzuziehen. Bisher hat kein einziges Land reproduktive Gerechtigkeit erreicht, so das Fazit der HLC vier Jahre nach dem Gipfel in Nairobi. Dabei können nur mit dem Ansatz der reproduktiven Gerechtigkeit alle Vereinbarungen des Nairobi-Gipfels, die Ziele des Kairoer Aktionsprogramms und der Agenda 2030 verwirklicht werden.<sup>211</sup>

## Um welche Rechte gekämpft wird

Sowohl das Kairoer Aktionsprogramm als auch das Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit gehen auf das Jahr 1994 zurück. Während sexuelle Rechte in der Abschlusserklärung von Kairo noch fehlen, ist reproduktive Gerechtigkeit ein umfassendes Konzept, das nicht nur sexuelle Rechte, sondern auch soziale Gerechtigkeit einbezieht. Umfassende SRGR, wie sie von der Guttmacher-Lancet Kommission 2018 definiert wurden, gehen ebenfalls über das Kairoer Aktionsprogramm hinaus. Sie sind Teil von reproduktiver Gerechtigkeit.





# Ein Blick zurück: Bevölkerungspolitik und SRGR

Wie hat sich der Diskurs um sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte in den letzten Jahrzehnten verändert? Welche Kritik gibt es an bevölkerungspolitischen Strategien der 2000er und 2010er Jahre?

Bevölkerungspolitik bezeichnet zunächst einmal staatliche Maßnahmen, um die Größe und Struktur einer Bevölkerung zu verändern. Neben der Steuerung von Migrations- und Einwanderungspolitik gehören zu Bevölkerungspolitik auch Maßnahmen, die Geburten fördern oder verringern sollen. Dabei können diese Maßnahmen sich auf die ganze Bevölkerung oder auch nur auf bestimmte Bevölkerungsgruppen beziehen.<sup>212</sup> Einfach gesagt heißt das, dass bestimmte Gruppen dazu ermutigt werden, Kinder zu bekommen, während andere, meistens marginalisierte Gruppen daran gehindert werden sollen, (weitere) Kinder zu bekommen. Vor allem sogenannte antinatalistische Politiken haben in der Vergangenheit in vielen Fällen zu Menschenrechtsverletzungen geführt.

Dazu zählt zum Beispiel Chinas sogenannte „Ein-Kind-Politik“, die von 1979 bis 2015 durchgesetzt wurde, um das Bevölkerungswachstum im Land zu bremsen.<sup>213</sup> Frauen wurden nach der Geburt ihres ersten Kindes unter anderem gezwungen zu verhüten, aber auch Zwangssterilisation und Zwangsabtreibungen waren üblich.<sup>214</sup> Andere Verstöße gegen die reproduktiven Rechte bestimmter Bevölkerungsgruppen kamen erst in jüngerer Zeit ans Licht. Vor kurzem verklagten 143 grönländische Frauen den dänischen Staat, da ihnen zwischen 1966 und 1970 ohne ihre Zustimmung oder Wissen Langzeitverhütungsmittel implantiert wurden. Die dänische Regierung hatte damals versucht, die grönländische Bevölkerung zu verkleinern.<sup>215</sup>

Vor allem vor diesem Hintergrund war die Kairoer Weltbevölkerungskonferenz ein Schlüsselmoment, in dem sich die versammelten Regierungsvertreter:innen auf einen

neuen menschenrechtsbasierten Ansatz zu Bevölkerungspolitik geeinigt haben. Anstelle von Zielwerten in Bezug auf Geburtenraten und Bevölkerungszahlen wurden die individuellen Rechte und Selbstbestimmung eines jeden Menschen in den Fokus gerückt.

Dennoch konzentrieren sich einige Maßnahmen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit in Afrika im Bereich SRGR immer noch auf „Sollzahlen“, beispielsweise mit Blick auf die Zahl von Frauen, die in Subsahara-Afrika moderne Verhütungsmittel nutzen (sollten).<sup>216</sup> Dabei wird seit Jahrzehnten der sogenannte „ungedekter Bedarf an modernen Verhütungsmitteln“ als handlungsleitender Indikator verwendet, der nicht zwangsläufig die Präferenzen von Frauen reflektiert.<sup>217</sup> Stattdessen setzt dieser Indikator voraus, dass jede 15- bis 49-jährige Frau moderne Verhütungsmittel nutzen sollte, solange sie nicht aktiv versucht schwanger zu werden.<sup>218</sup> Der ungedeckte Bedarf an modernen Verhütungsmitteln wird zudem in der Regel nur in Ländern im Globalen Süden, beziehungsweise in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen gemessen.<sup>219</sup> Im Kontrast dazu stehen im Globalen Norden eher Maßnahmen im Vordergrund, die Geburtenzahlen ankurbeln sollen – etwa kinderfreundliche Familienpolitik und eine bessere Vereinbarkeit von Sorge- und Erwerbsarbeit, die in Afrika bisher nicht priorisiert werden.<sup>220</sup>

Aktivist:innen und feministische Wissenschaftler:innen haben daher immer wieder kritisiert, dass das Ziel von Entwicklungszusammenarbeit nicht sein dürfe, Geburtenraten zu senken, nur um etwa wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen. Stattdessen müssten individuelle Menschenrechte im Fokus stehen – dazu gehört auch das explizite Recht, sich für Kinder zu entscheiden.<sup>221, 222</sup>

Auch Zwangssterilisationen wurden noch in den letzten drei Jahrzehnten in verschiedenen

Ländern durchgeführt: Ende der 1990er Jahre wurden in Peru hunderttausende Menschen, vor allem in der armen und indigenen Bevölkerung zwangssterilisiert. Die Sterilisationen waren Teil eines nationalen Programms für reproduktive Gesundheit. In den USA wurden unter anderem Zwangssterilisationen in Gefängnissen und Haftanstalten der Einwanderungsbehörden durchgeführt.<sup>223, 224, 225, 226</sup> Solche bevölkerungspolitische (Zwangs-) Maßnahmen sind bis heute häufig rassistisch, klassistisch (siehe Glossar), ableistisch und/oder queerfeindlich – und in jedem Fall gravierende Menschenrechtsverletzungen. Unter dem Eindruck dieser Diskussion haben vor allem in den letzten Jahren Ansätze wie reproduktive Gerechtigkeit den Weg in feministische Außen- und Entwicklungspolitiken gefunden.

## Wenn die Bevölkerungsgröße als Problem gesehen wird

Die Geburtenraten zu reduzieren, wurde von Regierungen im Globalen Norden und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit lange als einfache Lösung dargestellt, um auf klimabedingte Ressourcenknappheit zu reagieren oder um soziale Konflikte im Globalen Süden vorzubeugen. Kritiker:innen sehen hierin einen globalen Trend zur sogenannten „Demografisierung“, bei der politische und soziale Probleme in demografische Krisen umgedeutet würden.<sup>227</sup> Wie viele andere Ansätze auch hätten rein demografische Analysen ihre Grenzen. Die demografische Entwicklung einer Bevölkerung solle nicht der einzige Gesichtspunkt sein, der bei gesellschaftlichen Problemen betrachtet wird, denn die Ursachen für Ungleichheit und Konflikte lägen oft in jahrhundertlangem Ausbeutung, patriarchalen Strukturen und kolonialer Unterdrückung.<sup>228</sup>



## 4.2 Neue Ansätze in der Praxis

### Feministische Entwicklungspolitik

Dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Jahr 2023 Leitlinien für eine feministische Entwicklungszusammenarbeit entwickelt hat, kann auch als Konsequenz der Auseinandersetzung und des Diskurses um SRGR der letzten Jahre gesehen werden. Kanada, Frankreich, die Niederlande, Spanien, Mexiko und eine Reihe weiterer Staaten hatten in den letzten Jahren angekündigt, eine feministische Außen- bzw. Entwicklungspolitik zu verfolgen. Beispielsweise möchte die kanadische Regierung mit ihrer *Feminist International Assistance Policy* mehr feministische zivilgesellschaftliche Organisationen finanzieren.<sup>229</sup>

Mit ihrer feministischen Entwicklungspolitik verfolgt die Bundesregierung einen menschenrechtsbasierten und intersektionalen Ansatz. Rechte von Frauen, Mädchen und mehrfachdiskriminierten Menschen stehen dabei im Mittelpunkt. Das BMZ stellt in seiner Strategie Geschlechtergerechtigkeit in den Fokus und möchte strukturelle und systemische Ursachen von Ungleichheit überwinden. Hierbei betont das BMZ, dass es intersektional vorgehen möchte und nimmt auch Bezug auf den Kolonialismus: Das internationale Machtgefälle zwischen Globalem Norden und Globalem Süden habe seinen Ursprung in der Kolonialzeit und „bis heute finden sich in der Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit koloniale Kontinuitäten und rassistische Denkmuster wieder“.<sup>230</sup>

Auch wenn das Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit in den BMZ-Leitlinien so nicht genannt wird: Die Strategie betont, dass die Verwirklichung sexueller und reproduktiver

Gesundheit und Rechte eine Frage der Selbstbestimmung und des Überlebens ist. Das BMZ unterstreicht sowohl sein inklusives und nicht binäres Geschlechterverständnis, als auch, dass feministische Entwicklungspolitik auf einem menschenrechtsbasierten Ansatz sowie einem postkolonialen, anti-rassistischen Verständnis von Entwicklungspolitik basiere. Hiermit distanziert sich das BMZ von rechtspopulistischen und antifeministischen Akteur:innen, in deren Erstarben es eine große Herausforderung sieht.<sup>231</sup>

### Abtreibungen solidarisch finanzieren

Wie der Ansatz der reproduktiven Gerechtigkeit betont, ist es für viele Schwangere – selbst, wenn Schwangerschaftsabbrüche legal sind – schwierig bis unmöglich, einen sicheren Schwangerschaftsabbruch wahrzunehmen. In den USA können die Kosten für eine Abtreibung zwischen 750 und 1.500 US-Dollar liegen, und der Fahrtweg zu einer Klinik, die Abtreibungen anbietet, ist für Millionen Frauen mindestens 400 Kilometer lang und mit entsprechenden Kosten verbunden.<sup>232</sup> Hier setzen sogenannte *abortion funds*, also Abtreibungsfonds an. Sie sind lokal agierende, unabhängige Organisationen. Sie bieten Schwangeren direkte finanzielle und logistische Hilfe an, wenn sie eine Abtreibung vornehmen möchten, diese jedoch nicht bezahlen können. Neben der Übernahme von Behandlungs-, Reise- und Übernachtungskosten unterstützen einige der Abtreibungsfonds auch bei der Organisation von Betreuungsgeldern und Begleitpersonen, Übersetzungen und Unterkünften. Sie konnten bislang jedoch nur für einen Bruchteil der Anträge die Kosten übernehmen. Das Geld in den Fonds stammt aus Spendengeldern – die meisten Spenden kommen von Privatpersonen. Nach der Entscheidung des obersten Gerichts in den USA, das Recht auf Abtreibungen auf nationaler Ebene zu kippen, sind die Spenden für Abtreibungsfonds rasant in die Höhe geschossen.<sup>233</sup> Für die solidarische Finanzierung von Ab-

treibungen zu spenden ist für viele Unterstützer:innen eine Form des Widerstands gegen die Anti-Gender-Bewegung.

### Lust und Freude beim Sex in den Mittelpunkt stellen

In den meisten Programmen zu SRGR spielen Lustempfinden und Vergnügen beim Sex keine Rolle. Oft konzentrieren sie sich darauf, wie man sich vor sexuell übertragbaren Krankheiten schützen und ungewollte Schwangerschaften vermeiden kann. Dabei gehören Spaß, Begehren und Befriedigung zu den Hauptgründen, warum Menschen weltweit überhaupt Sex haben. Sexuelles Lustempfinden wirkt sich nicht nur positiv auf die physische und mentale Gesundheit aus – ein positiver Umgang mit Lust geht in der Regel damit einher, dass Menschen mehr Safer Sex (siehe Glossar) haben. Dies zeigt zum Beispiel die Arbeit der Initiative *The Pleasure Project*.<sup>234</sup> Sie bildet unter anderem verschiedene Organisationen aus, lustzentrierte Ansätze in ihre Projekte zu integrieren – zum Beispiel durch Gruppendiskussionen mit jungen Menschen oder Überlebenden sexualisierter Gewalt zum Thema Lust. Ihre Erfahrungen zeigen, dass das Sprechen über Lust ein Türöffner sein kann: Teilnehmende hätten mehr Spaß an den Workshops gehabt und der lustzentrierte Ansatz hätte ihnen ermöglicht, ihre Körper besser zu verstehen. Es fiel ihnen danach leichter, ihre Bedürfnisse und auch ihre Grenzen zu kommunizieren. Wenn generell mehr und offener über *Konsens* (siehe Glossar) gesprochen wird, wird es auch einfacher, Safer Sex zu praktizieren. Geschlechternormen, Angst und Schamgefühle können Personen daran hindern, offen darüber zu sprechen, was ihnen beim Sex Spaß macht und was sich für sie gut anfühlt.<sup>235</sup>

Sexarbeiter:innen in Indien berichteten, dass sie nach einem Workshop zu Lust weniger Schuldgefühle und Scham rund um das Thema Sex empfanden. Außerdem tauschten sie

sich dazu aus, wie man mit Kondomen mehr Spaß haben kann und einige berichteten, dass sie seit dem Workshop bessere Einnahmen erzielten. Über Lust zu sprechen, kann die Basis sein, um Geschlechterstereotype, Frauenfeindlichkeit und heteronormative Vorstellungen und Abläufe beim Sex zu hinterfragen und anzusprechen.<sup>236</sup>

## Religionsgemeinschaften als Verbündete

Es ist oft schwierig, religiöse Akteur:innen und glaubensbasierte Organisationen selbst als Verbündete im Kampf für reproduktive und sexuelle Rechte zu gewinnen. Da religiö-

se Institutionen in den letzten Jahrzehnten viel Widerstand gegen SRGR (mit)organisiert haben, werden religiöse Akteur:innen in der Regel nicht als potentielle Mitstreiter:innen für SRGR gesehen. Doch viele Glaubensgemeinschaften setzen sich schon lange für soziale Gerechtigkeit ein. Das Prinzip der reproduktiven Gerechtigkeit schließt sehr gut an das historisch gewachsene Selbstverständnis religiöser Gemeinschaften an, die für den Grundsatz der Gerechtigkeit eintreten. Das globale religiöse Netzwerk *ACT Alliance* mit Mitgliedsorganisationen in 140 Ländern setzt sich zum Beispiel sowohl für Gender- als auch Klimagerechtigkeit ein. Die Organisation schreibt: „Gerechtigkeit ist eine

göttliche Eigenschaft, die allen Religionen zugrunde liegt und zu der oft auch Würde, Ethik, Selbstbestimmung, Befreiung und Autonomie gehören. *ACT Alliance* setzt sich für Geschlechtergerechtigkeit und reproduktive Gerechtigkeit als wesentliche Bestandteile unseres Glaubens und unserer rechthebarten Praxis ein.“<sup>237</sup> Die *ACT Alliance* ist nur eins von vielen religiösen Netzwerken, die sich auf nationaler und internationaler Ebene für reproduktive Gerechtigkeit einsetzen.

## 4.3 Reproduktive Gerechtigkeit als Zukunftsperspektive

Neue menschenrechtsbasierte Ansätze in der internationalen Zusammenarbeit sind ein erster Schritt in Richtung reproduktive Gerechtigkeit. Vor allem das Recht umzusetzen, Kinder in einer Umgebung frei von Unterdrückung, Gewalt und Armut großzuziehen, scheint auf den ersten Blick jedoch eine Mammutaufgabe zu sein. Denn heute bestehende Ungleichheiten und Machtverhältnisse gehen auf Jahrhunderte alte Strukturen und Systeme zurück. Aber das Kairoer Aktionsprogramm und die Agenda 2030 können nur erreicht werden, wenn diese Ungleichheiten und Machtgefälle aufgelöst werden.

Verschiedenste Politikbereiche – nicht nur Gesundheitspolitik, sondern beispielsweise auch Innenpolitik, Migrationspolitik und humanitäre Hilfe – müssten stärker verzahnt werden, um Ansätze für mehr reproduktive Gerechtigkeit zu entwickeln. Sich für reproduktive Gerechtigkeit einzusetzen, hieße auch, sich im Inland, in Partnerländern und auf internationaler Ebene, für eine bessere und inklusivere Gesetzgebung einzusetzen, die es zum Beispiel queeren Paaren und trans\* Personen leichter macht, Eltern zu werden. Um reproduktiver Gerechtigkeit für geflüchtete Frauen in Deutschland ein Stück

näher zu kommen, bräuchte es beispielsweise die umfassende Kostenübernahme von medizinischen Dienstleistungen für sie und ein diskriminierungsfreies Umfeld. Außerdem müssten sichere Fluchtwege und Asylverfahren geschaffen werden.

### Sexuelle und reproduktive Gerechtigkeit zum Ziel machen

Die Mitglieder der HLC betonen, dass im Zentrum aller Anstrengungen, SRGR für alle zu erreichen, das Thema Gerechtigkeit stehen müsse.<sup>238</sup> Vor allem im Kampf gegen den Widerstand von rechts sei es zentral, alle Kräfte zu vereinen. Dies haben bereits die Begründerinnen des Konzepts der reproduktiven Gerechtigkeit getan: Unterschiedliche Bewegungen haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam reproduktive Rechte und ein Ende von Armut, Rassismus und Umweltverschmutzung zu fordern.<sup>239</sup> Die Aufgabe, diskriminierende Strukturen zu bekämpfen und aufzulösen, darf dabei nicht auf den Schultern der betroffenen Menschen lasten. Es ist die Verantwortung von Staaten und Regierungen, Menschenrechte und sexuelle und reproduktive Gerechtigkeit zu verwirklichen.<sup>240</sup>

„Gerechtigkeit ist eine verbindende Forderung – nach Würde, nach Rechten und Wohlergehen, nach Wiedergutmachung. Ohne Gerechtigkeit kann keine Entwicklung stattfinden. Gerade in einer polarisierten Welt braucht es Gerechtigkeit.“

– High Level Commission on the Nairobi Summit on ICPD25 Follow-up<sup>241</sup>

# 5 | WIE WEITER?

30 Jahre nach der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo zeigt sich ein gemischtes Bild, was den Status sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte angeht. Es gibt viele Fortschritte: Nicht nur sind die Zahlen der Kinderehen und frühen Geburten gesunken, auch ist die Müttersterblichkeit weltweit niedriger als noch 1994. In immer mehr Ländern werden Abtreibungsgesetze gelockert und auch die rechtliche Anerkennung und Entkriminalisierung von LSBTIQ\*-Personen geht voran.

Nach wie vor erhalten viele junge Menschen jedoch keine umfassende Sexuaufklärung und auch die Fortschritte bei der Müttersterblichkeit stagnieren seit einigen Jahren. Eine weltweit agierende, gut vernetzte und finanzierte Anti-Gender-Bewegung betreibt indes gezielte Lobbyarbeit dafür, Abtreibungen zu verbieten und LSBTIQ\*-Rechte sowie umfassende Sexuaufklärung einzuschränken. Hinzu kommen globale Herausforderungen: Die Folgen der COVID-19-Pandemie, die Klimakrise und zunehmende Ungleichheit gefährden die schwer errungenen Fortschritte der letzten 30 Jahre für universelle SRGR, Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit zusätzlich.

## Junge Aktivist:innen schlagen Alarm

Gerade junge Menschen fühlen sich zurückgelassen und ihre Bedürfnisse werden in der Politik wenig berücksichtigt. Sie haben die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie besonders zu spüren bekommen und werden noch lange mit ihren Folgen zu kämpfen haben. Hinzu kommt die zunehmende politische Polarisierung und damit einhergehende Bestrebungen, ihre Rechte einzuschränken. Ungleichheiten zwischen den Generationen

drohen noch größer zu werden, wenn der Klimawandel sich weiter verschärft. Denn ältere Generationen hinterlassen Kindern und Jugendlichen heute einen Planeten, auf dem das (Über)Leben immer schwieriger wird: Lebensräume drohen im Ozean zu versinken, die Gesundheit der jungen Generationen wird zunehmend durch die Klimakrise gefährdet und die Ernährungsunsicherheit steigt.

Im April 2024 kamen anlässlich des 30. Jubiläums der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz 400 Jugendliche aus aller Welt zu einem *Global Youth Dialogue* in Cotonou, Benin zusammen. Sie forderten mehr Beteiligung an Prozessen und Aktionsplänen, die sie maßgeblich betreffen. Als größte Jugendgeneration aller Zeiten erwarten sie schnellere Fortschritte, zum Beispiel in Bezug auf SRGR, Menschenrechte und Bildung, sowie im Kampf für Geschlechtergerechtigkeit und gegen die Klimakrise. Die jungen Aktivist:innen forderten die Weltgemeinschaft auf, eine Agenda für Jugendliche auch mit Jugendlichen gemeinsam zu gestalten und umzusetzen. Außerdem schlugen sie Alarm: Die Anti-Gender-Bewegung gefährde wichtige menschenrechtliche Fortschritte, die Demokratie und den Multilateralismus.<sup>242</sup> Einfach weiterzumachen wie bisher, sei daher keine Lösung:

„ Den Status Quo zu erhalten, ist keine Option – wir müssen radikal sein. Wir müssen die Ursachen von Machtdynamiken angehen und Altersdiskriminierung, Sexismus, Rassismus, Ableismus, Heterosexismus, Klassendiskriminierung und alle Formen intersektionaler Diskriminierung und Ausgrenzung bekämpfen.“<sup>243</sup>

## Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit

In internationalen Verhandlungen werden eher rote Linien verteidigt als Fortschritte in Sachen SRGR erzielt.<sup>244</sup> Verfechter:innen des Kairoer Aktionsprogramms geraten heute zunehmend in die Defensive und müssen sich darauf konzentrieren, bereits erstrittene Rechte gegen Angriffe der Anti-Gender-Bewegung zu schützen. Es besteht momentan kaum die Aussicht, die damals formulierten Forderungen im Konsens, wie er vor 30 Jahren zustande kam, noch zu erweitern. Dabei kann die Vision von Kairo, umfassende sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte für alle Menschen zu erreichen, nur durch den erweiterten Ansatz einer reproduktiven Gerechtigkeit umgesetzt werden – und nur, wenn der Anti-Gender-Bewegung erfolgreich entgegengewirkt wird.

Vor allem eine langfristige und sichere Finanzierung von SRGR ist wichtig – nicht nur weil die Förderung einer immensen Anzahl von Projekten durch einen potenziellen Wahlsieg der Republikanischen Partei in der anstehenden (und jeder zukünftigen) US-Präsidentenwahl gefährdet ist. Bisher ist die US-Regierung einer der größten Geldgeber in der Entwicklungszusammenarbeit weltweit.<sup>245</sup>

Wie auch immer die nächsten US-Wahlen ausfallen, reproduktive Gerechtigkeit erfordert mehr als die Finanzierung und Bereitstellung von Gesundheitsdiensten. Die Forderung nach reproduktiver Gerechtigkeit erstreckt sich auch auf das Recht auf Bildung und auf umfassende Sexuaufklärung. Sie erfordert gleiche und gerechte Löhne, soziale Sicherung und die Versorgung von Kindern. Sie kann nur umgesetzt werden, wenn geschlechtsspezifische Gewalt beendet wird

und nicht zuletzt, wenn unsere Umwelt und die Ökosysteme, in denen wir leben, nachhaltig erhalten und geschützt werden.

Letztendlich sind die verschiedenen Formen der Ungerechtigkeit eng miteinander verbun-

den. Der Kampf für reproduktive Gerechtigkeit muss verknüpft werden mit Bemühungen um Geschlechtergerechtigkeit, Klimagerechtigkeit, LSBTIQ\*-Rechte und Rechte von Menschen mit Behinderungen. Wenn unterschiedliche Bewegungen sich gemeinsam für

(mehr) Gerechtigkeit einsetzen, liegt darin enormes Potenzial für das Erreichen der Ziele des Kairoer Aktionsprogramms – und eine gerechte und nachhaltige Entwicklung, die diesen Namen auch verdient.

## Handlungsempfehlungen

In Anbetracht der aktuellen globalen Krisen, sind mehr und schnellere Fortschritte notwendig, nicht zuletzt da sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung es Menschen ermöglicht, Krisen besser zu bewältigen. Grundsätzlich müssen Regierungen, internationale Institutionen und Akteur:innen in der Zivilgesellschaft stärker zusammenarbeiten und gemeinsame Strategien entwickeln und umsetzen, um reproduktive Gerechtigkeit zu fördern und wirksam gegen die Anti-Gender-Bewegung anzugehen.<sup>d</sup> Dabei gilt es vor allem:

### ► ... nachhaltige entwicklungspolitische Finanzierung für SRGR sicherzustellen.

Um die Ziele des Kairoer Aktionsprogramms und darüber hinaus reproduktive Gerechtigkeit zu erreichen, braucht es mehr und langfristige Finanzierung von Projekten im Bereich SRGR. Gerade vor dem Hintergrund, dass die Anti-Gender-Bewegung riesige Summen investiert, um Fortschritte zurückzuschrauben, dürfen Budgets in der Entwicklungs- und Außenpolitik nicht reduziert, sondern müssen aufgestockt werden.

### ► ... Ressourcen global umzuverteilen.

Langfristig sollte angestrebt werden, finanzielle Ressourcen vom Globalen Norden in den Globalen Süden umzuverteilen und die Lokalisierung von Projekten zu erreichen. Dabei sollten wohlhabende Geberländer

bestehende Machtverhältnisse kritisch reflektieren und sich proaktiv dafür einsetzen, dass entwicklungspolitische Ziele und Projekte tatsächlich den Bedarfen und Wünschen lokaler Bevölkerung entsprechen und diese an ihrer Planung beteiligt sind.

### ► ... positive und starke Narrative für (reproduktive) Gerechtigkeit zu schaffen.

Um der Anti-Gender-Bewegung entgegenzutreten und Menschenrechte zu verteidigen, braucht es starke Narrative, die sexuelle und reproduktive Gerechtigkeit und deren Bedeutung für nachhaltige Entwicklung erklären. Hier kann feministische Entwicklungszusammenarbeit anknüpfen und mit gleichgesinnten Akteur:innen etablierte Sprache um sexuelle und reproduktive Gesundheit in Verhandlungen auf internationaler Ebene verteidigen und voranbringen. Das Narrativ der reproduktiven Gerechtigkeit birgt die Chance, den Narrativen der Anti-Gender-Bewegung eine inklusivere und sozial gerechtere Zukunftsvision entgegenzusetzen. Dazu muss es in allen Bereichen stärker verankert werden.

### ► ... marginalisierten und jungen Menschen mehr Teilhabe und Priorität zu gewährleisten.

Maßnahmen zur sexuellen und reproduktiven Gerechtigkeit müssen zuallererst die Menschen in den Blick nehmen, die am meisten

Unterstützung brauchen – junge Menschen, solche humanitären Notsituationen, von Armut Betroffene, Personen mit Behinderungen und andere diskriminierte Gruppen. Im Allgemeinen kommen Maßnahmen zur Unterstützung marginalisierter Gruppen auch allen anderen Menschen zugute. Um nachhaltige und inklusive Lösungsansätze zu formulieren, ist die Beteiligung marginalisierter und junger Menschen auf allen Ebenen der Politik essenziell.

### ► ... die vermeidbaren Gründe für hohe Müttersterblichkeit entschlossen zu bekämpfen.

Verletzungen und Todesfälle im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt können maßgeblich reduziert werden, wenn eine gute Betreuung durch Hebammen gewährleistet wird. Sie bieten einen großen Teil der reproduktiven Gesundheitsleistungen an. Schlechte Arbeitsbedingungen und Gehälter erschweren jedoch eine angemessene Versorgung von Schwangeren und Müttern: Weltweit fehlen fast eine Million Hebammen.<sup>246</sup> Außerdem sollte der Zugang zu medizinisch sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen gewährleistet werden. Wo Abtreibung noch unter Strafe steht, sollten sich entwicklungs- und außenpolitische Akteur:innen sowohl in bilateralem Austausch als auch in multilateralen Foren für eine Entkriminalisierung einsetzen.

<sup>d</sup>Transparenzhinweis: Einige Handlungsempfehlungen sind angelehnt an die Empfehlungen der Hocharangigen Kommission zum Follow-up des Nairobi-Gipfels, die sie in ihrem Bericht aus dem Jahr 2023 erläutern.

### ► ... umfassende Sexualaufklärung für alle zu gewährleisten.

Es ist erwiesen, dass umfassende, altersangemessene Sexualaufklärung die Grundvoraussetzung für konsensualen, sicheren und lustvollen Sex ist. Sexualaufklärung muss die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen besonders berücksichtigen. Dazu gehören LSBTIQ\*-Personen, junge Menschen mit Behinderungen und junge Menschen in Kriegs- und Krisengebieten. Ihre Perspektiven und Beteiligung sind auch in der Gestaltung von Lehrmaterial wichtig, um Barrieren im Schulsystem abzubauen.

### ► ... Gesundheit und Klimaanpassung zusammen zu denken.

SRGR und andere Gesundheitsaspekte müssen auch bei Maßnahmen zur Klimaanpassung priorisiert werden. Es ist wichtig, ein resilientes Gesundheitssystem aufzubauen, das auch in Notfallsituationen funktioniert, beispielsweise bei Überschwemmungen, Stromausfällen oder Hitzewellen. Strategien zu Klimaanpassung und Reduzierung von Katastrophenrisiken müssen die Gesundheit von Kindern, Frauen, älteren Menschen und Menschen mit Behinderung in den Mittelpunkt stellen, da sie besonders gefährdet sind.

### ► ... soziale Sicherungssysteme inklusiver zu gestalten.

Ein Sicherheitsnetz, das Menschen auffängt, wenn sie arbeitslos oder krank werden, oder sich um Angehörige kümmern müssen, ist eine Grundvoraussetzung für Gerechtigkeit. Soziale Sicherungssysteme unterstützen die Umverteilung von Ressourcen und reduzieren Ungleichheit. Soziale Sicherung sollte flexibel sein, sich leicht an veränderte Umstände anpassen lassen und neben Armut und Krankheit auch Umweltschäden und Klimarisiken einschließen. Damit alle Menschen erreicht werden, muss soziale Sicherung intersektionale Formen von Diskriminierung berücksichtigen

und Mitarbeitende in Behörden entsprechend sensibilisiert werden.

### ► ... Gesundheitsversorgung in humanitären Notsituationen zu gewährleisten und sichere Fluchtwege zu schaffen

Das Recht, sich frei für oder gegen ein Kind zu entscheiden und vor allem, Kinder in einer sicheren Umgebung zu gebären und großzuziehen, gilt auch für Menschen, die entscheiden, Ihre Heimat aufgrund von Krieg, Verfolgung oder Auswirkungen der Klimakrise zu verlassen. Genauso gilt dieses Recht für Menschen, die bereits auf der Flucht sind, in Auffanglagern oder die in ihrem Zielland angekommen sind und auf einen Asylbescheid warten. Umfassende medizinische Versorgung im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit muss essenzieller Teil von humanitärer Hilfe sein und in Krisenkontexten sowie für Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus gewährleistet werden.

Der Rahmen der reproduktiven Gerechtigkeit macht darauf aufmerksam, dass es nicht nur darum geht, Gesundheitsversorgung bereitzustellen, sondern auch darum, die Strukturen zu verändern, die Menschen in Notsituation bringen. Oft sehen Schwangere oder Familien mit kleinen Kindern keine andere Möglichkeit, als gefährliche Reiserouten durch die Wüste oder über das Mittelmeer zu nehmen. Für viele Menschen endet die Flucht tödlich. Daher braucht es neben umfassender Gesundheitsversorgung, dringend sichere Fluchtwege sowie Bildungs-, Arbeits- und würdige Wohnangebote für geflüchtete Menschen.

### ► ... religiöse Akteur:innen zu unterstützen, die sich für SRGR und Menschenrechte einsetzen.

Die Anti-Gender-Bewegung umfasst viele christlich-fundamentalistische Akteur:innen, wie das Beispiel von *Family Watch International* zeigt. Religiöse Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen können jedoch

auch eine Schlüsselrolle für positiven Wandel einnehmen. Diejenigen von ihnen, die sich für Geschlechtergerechtigkeit und die Umsetzung sexueller und reproduktiver Rechte einsetzen, müssen unterstützt und gefördert werden. Damit Religion und Kultur nicht von der Anti-Gender-Bewegung instrumentalisiert werden können, braucht es starke Gegenstimmen in den Glaubensgemeinschaften selbst. Diese Gruppen und Personen müssen unterstützt und geschützt werden – sie stellen keine Mehrheit dar und arbeiten, wie viele andere Menschenrechtsverteidiger:innen auch, teilweise in Kontexten, in denen sie bedroht oder gar ermordet werden.

### ► ... Dialoge in und mit Glaubensgemeinschaften zu fördern.

Desinformationskampagnen von Anti-Gender-Akteur:innen, die Ängste vor LSBTIQ\*-Personen oder umfassender Sexualaufklärung schüren, können nur Erfolg haben, wenn Menschen nicht wissen, was diese Begriffe eigentlich bedeuten. Daher ist es wichtig, mit Gemeinschaften und insbesondere religiösen Akteur:innen ins Gespräch zu kommen, beispielsweise in Dialogveranstaltungen. Im Dialogformat können geschulte Moderator:innen aufklären, Fragen beantworten sowie Desinformation und Mythen entschärfen.

### ► ... mehr und bessere Daten zu sammeln.

Um evidenzbasierte Maßnahmen und Lösungsansätze zu gestalten, sind umfassende disaggregierte und aktuelle Daten notwendig. Nur so können Ungleichheiten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen definiert und erkannt werden, wie diese zusammenhängen.



# GLOSSAR

## Ableismus/ ableistisch

Die Vorurteile, Ausgrenzung und/oder Diskriminierung die Menschen mit Behinderung (oder mit chronischen und/ oder psychischen Erkrankungen) erfahren wird als Ableismus bezeichnet. Er setzt sich aus dem englischen Wort able (deutsch fähig) und -ismus (eine Geisteshaltung) zusammen. Menschen, deren Fähigkeiten als anders oder weniger gut als die Norm angesehen werden, erleben häufig Ableismus. Dies kann sich zum Beispiel darin ausdrücken, dass Menschen mit Behinderung auf ihre körperlichen und kognitiven Fähigkeiten reduziert werden, indem betont wird, welche Möglichkeiten die Person „trotz“ ihrer Behinderung hat. Auch die Missachtung der spezifischen Bedürfnisse oder ein Überlegenheitsgefühl von Menschen ohne Behinderungen sind Ausdrücke von Ableismus.

## binär/ nicht-binär

Weltweit dominiert ein binäres Geschlechtersystem, das zwischen zwei Geschlechtern – Mann und Frau – unterscheidet. In diesem System werden Männern und Frauen bestimmte Eigenschaften und Rollen zugeschrieben. Dabei sind auch biologische Grenzen zwischen Männern und Frauen willkürlich bestimmt. Nicht-binär ist ein Überbegriff für alle Menschen, die nicht nur bzw. weder männlich noch weiblich sind. Viele nicht-binäre Menschen verstehen sich als trans\*, manche aber auch nicht. Im vorherrschenden Geschlechtersystem, werden nicht-binäre Menschen als andersartig und von der vermeintlichen Norm abweichend angesehen.

## cis

Personen sind cis, wenn ihre Geschlechtsidentität dem Geschlecht entspricht, das ihnen bei der Geburt zugeschrieben wurde.

## Gleichberechtigung der Geschlechter/ Geschlechtergerechtigkeit

Gleichberechtigung bedeutet, dass jeder Mensch die gleichen Rechte, Pflichten und Chancen hat. Gleichberechtigung zielt vor allem auf juristische Gleichbehandlung ab (vor dem Gesetz gleich sein). In der Praxis jedoch bedeutet rechtliche Gleichbehandlung nicht immer auch faktische Gleichbehandlung. Vor diesem Hintergrund ist Gleichstellung ein politischer Prozess, beziehungsweise Maßnahmen, um eine faktische Gleichbehandlung zu erreichen. Dies bedeutet, dass alle Personen ihre Rechte tatsächlich wahrnehmen und gleichberechtigt politisch, wirtschaftlich und sozial teilhaben können, ohne diskriminiert zu werden. Diese Geschlechtergerechtigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung.

## Heteronormativität

Unter Heteronormativität versteht man die Vorstellung, dass Heterosexualität die (einzige) normale, akzeptable sexuelle Orientierung ist. Das Konzept der Heteronormativität beinhaltet eine Kritik daran, dass heterosexuelle Menschen als Norm betrachtet und privilegiert werden, während zeitgleich andere sexuelle Orientierungen abgewertet werden.

## Intersektionalität

Beschreibt, wie verschiedene Diskriminierungsformen aufgrund von beispielsweise Herkunft, Alter, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Behinderungen, sozioökonomischem Status, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit oder Zuschreibung, und/ oder Hautfarbe sich überschneiden und gegenseitig verstärken können, wodurch neue Diskriminierungsformen entstehen.

## Kinderehe

Eine Eheschließung, wenn mindestens eine:r der Verheiratenden jünger als 18 Jahre alt ist. Oft betrifft das Mädchen, sobald sie ihre Menstruation bekommen und als heiratsfähig gelten. In manchen Ländern tritt die Volljährigkeit vor dem 18. Lebensjahr ein, weshalb auch von „früher Heirat“ gesprochen werden kann. Eine Zwangsheirat hingegen bedeutet, dass eine:r oder beide Partner:innen ohne freie Zustimmung heiraten (altersunabhängig).

## Klassismus

Klassismus ist eine Diskriminierungsform aufgrund des (niedrigen) sozioökonomischen Status einer Person und ist wie andere Diskriminierungsformen in unserer Gesellschaft strukturell verankert. Klassistisches Denken und Handeln führt zu Unterdrückung aufgrund einer vermeintlichen oder tatsächlichen sozialen Stellung und Herkunft.

## Konsens

Konsens bedeutet, dass zwei oder mehr Menschen zustimmen, etwas zu tun. Auf zwischenmenschliche (sexuelle) Beziehungen oder Handlungen bezogen, meint Konsens Einvernehmlichkeit. Auch einvernehmliche sexuelle Handlungen können von jeder und jedem Beteiligten jederzeit beendet werden.

## LSBTIQ\*

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\*, Inter\* und Queere Menschen. Das Sternchen steht als Öffnung und Platzhalter für weitere, nicht benannte Identitäten.

## Marginalisierung

Bezeichnet die geografische, wirtschaftliche, soziale und/ oder kulturelle Verdrängung ei-

ner Person oder Bevölkerungsgruppe an den Rand der Gesellschaft. Marginalisierte Personen und Gruppen werden als weniger wichtig oder minderwertig behandelt. Dies geschieht aufgrund von Merkmalen wie beispielsweise sexueller Orientierung, Hautfarbe, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, sozialer Schicht, Bildungsniveau, ökonomischem Status und/oder Behinderung. Marginalisierte Personen erleben den Verlust von Ressourcen, Einflussmöglichkeiten und Status sowie negative Gesundheitsauswirkungen.

### Queer

Hinterfragt normative Geschlechts- und Sexualitätskonzepte, wird aber auch als Selbstbezeichnung verwendet, um Offenheit für nicht-binäre Geschlechter und nicht-normative Sexualpraktiken zu zeigen oder um die Vielfalt sexueller Identitäten zu politisieren.

### Patriarchat

Ist ein gesellschaftliches System, in dem Männer herrschen und die Werte, Normen und Verhaltensweisen bestimmen. Es umfasst die Kontrolle über Ressourcen, Traditionen, Gesetze, Arbeitsteilung und die Rolle der Frau dabei. Selbst in vermeintlich gleichberechtigten Gesellschaften können patriarchale Strukturen vorhanden sein.

### Rassismus

Rassismus beschreibt die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Sprache, Hautfarbe, ihres Namens, ihrer Religion oder Herkunft. Rassismus beruht auf der Erfindung, dass Menschen in „Rassen“ eingeteilt und diese hierarchisch geordnet werden können. Es ist nachgewiesen, dass es keine Rassen gibt. Rassismus diente als Rechtfertigung für Kolonialismus und Sklaverei. Rassistische

Diskriminierung kann sich unter anderem in Vorurteilen, Ausgrenzung, struktureller Benachteiligung und psychischer und physischer Gewalt äußern, und in Extremfällen zu Völkermord oder Genozid führen.

### Safer Sex

Methoden, die vor Übertragung von STIs (sexuell übertragbaren Infektionen), insbesondere von HIV, schützt. Safer Sex beinhaltet u.a. die Verwendung von Lecktüchern, Kondomen und Femidomen, HIV-Therapie, um die Virusvermehrung zu stoppen und eine Ansteckung zu verhindern, sowie Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP). Bei der PrEP nehmen Risikopersonen vorbeugend Medikamente ein, um sich vor HIV zu schützen. Da immer ein Restrisiko bleibt, sich beim Sex mit STIs anzustecken, wird von Safer Sex und nicht von Safe Sex gesprochen.

### Schwarze Menschen

Schwarz ist eine Selbstbezeichnung von Menschen afrikanischer, afro-amerikanischer und karibischer Herkunft. Das Wort wird großgeschrieben, da sich die Bezeichnung nicht auf eine deskriptive Beschreibung einer Hautfarbe bezieht, sondern stattdessen Ausdruck erlebter Rassismuserfahrungen in einer (überwiegend) weiß dominierten Gesellschaft ist sowie gemeinsamer gesellschaftspolitischer Positionen und Lebensrealitäten.

### Trans\*/ transgender/ Transgeschlechtlichkeit

Trans\* ist ein Sammelbegriff für verschiedene geschlechtliche Identitäten, der in queer-feministischen Kreisen verwendet wird. Er vereint eine Vielfalt von Identitäten und Lebensweisen, einschließlich solcher, die sich nicht geschlechtlich festlegen möchten.

Transgeschlechtlichkeit hingegen bezieht sich auf den Zustand, wenn das Geschlecht, mit dem eine Person sich identifiziert, nicht mit dem Geschlecht übereinstimmt, das bei der Geburt zugewiesen wurde.

### Weißsein/ weiß

Weißsein beschreibt in kursiver Schreibweise ähnlich wie Schwarz (mit großen „S“) nicht die Hautfarbe von Menschen, sondern Merkmale und Erfahrungen, die mit der Zugehörigkeit zu einer weißen Mehrheitsgesellschaft einhergehen. Im Laufe der Geschichte wurde weißsein als vermeintlich normal konstruiert, während nicht weiße Menschen als anders oder minderwertig angesehen wurden. Dies führt bis heute dazu, dass weiße Menschen in einer weißen Mehrheitsgesellschaft Privilegien und Vorteile erfahren.



# QUELLEN

- 1 Petchesky, R. P. (2003). Global prescriptions. Gendering health and human rights. United Nations Research Institute for Social Development. London: Zed Books.
- 2 Sen, G. (2013). Sexual and Reproductive Health and Rights in the Post 2015 Development Agenda. Discussion Paper for ICPD Beyond 2014 – International Conference on Human Rights, Netherlands, 8-10 July.
- 3 United Nations (2023). Ziele für nachhaltige Entwicklung. <https://unric.org/de/17ziele/> (16.08.24).
- 4 Starrs, A. M. et al. (2018). Accelerate progress – sexual and reproductive health and rights for all: report of the Guttmacher-Lancet Commission. The Lancet Commissions. 391(10140), S. 2642-2692.
- 5 UN DESA, Population Division (2024). World Population Prospects: The 2024 Revision. Custom data acquired via website. <https://t1p.de/khs8q> (16.08.24).
- 6 UN DESA, Population Division (2024). World Population Prospects 2024: Summary of Results (UN DESA/POP/2024/TR/NO. 9).
- 7 S. Endnote 5.
- 8 UNICEF (2024). Maternal mortality. <https://t1p.de/Offr3> (16.08.24).
- 9 ILO (2024). ILOSTAT explorer (Unemployment by sex and age). <https://t1p.de/bdyih> (16.08.24).
- 10 WHO (2024). Global Health Observatory. [www.who.int/data/gho](http://www.who.int/data/gho) (03.07.24).
- 11 ICF (2024). STATcompiler. The DHS program. [www.statcompiler.com/en/](http://www.statcompiler.com/en/) (03.07.24).
- 12 UNFPA (2014). Programme of Action of the International Conference on Population Development. 20th Anniversary Edition. New York.
- 13 S. Endnote 12.
- 14 Guttmacher-Lancet Commission on Sexual and Reproductive Health and Rights (2018). Fortschritt Beschleunigen: Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte für alle. Kurzfassung. <https://t1p.de/1oqsu> (16.08.24).
- 15 UNFPA (2024). State of World Population 2024. Interwoven lives, threads of hope - Ending inequalities in sexual and reproductive health and rights. New York.
- 16 S. Endnote 15.
- 17 Nord, M. et al. (2024). 4. Democracy Report 2024: Democracy Winning and Losing at the Ballot. Gothenburg: University of Gothenburg, V-Dem Institute.
- 18 OECD (2024). Gender equality. <https://t1p.de/tfy6t> (16.08.24).
- 19 S. Endnote 1.
- 20 McEwen, H. & Narayanaswamy, L. (2023). The International Anti-Gender Movement. Understanding the Rise of Anti-Gender Discourses in the Context of Development, Human Rights and Social Protection. UNRISD (Working Paper 2023-06). Geneva.
- 21 OECD (2023). SIGI 2023 Global Report. Gender Equality in Times of Crisis. Paris.
- 22 UNICEF (2023). Is an End to Child Marriage within Reach? Latest trends and future prospects. 2023 update. New York.
- 23 WHO (2023). Trends in maternal mortality 2000 to 2020: estimates by WHO, UNICEF, UNFPA, World Bank Group and UNDESA/Population Division. Geneva.
- 24 Center for Reproductive Rights (2023). World's Abortion Laws. <https://t1p.de/7bj8c> (16.08.24).
- 25 WHO (2022). Global excess deaths associated with COVID-19, January 2020 - December 2021. <https://t1p.de/06o21> (16.08.24).
- 26 WHO (2024). World Health Statistics 2024. Monitoring health for the SDGs, Sustainable Development Goals. Geneva.
- 27 S. Endnote 5.
- 28 Al-Aly, Z. & Topol, E. (2024). Solving the puzzle of Long Covid. *Science*, 383(6685), S. 830-832.
- 29 Parramore, L. (2024). "Debilitating a Generation": Expert Warns That Long COVID May Eventually Affect Most Americans. Institute for New Economic Thinking. <https://t1p.de/36snx> (16.08.24).
- 30 WHO (2023). World Health Statistics 2023. Monitoring health for the SDGs, sustainable development goals. Geneva.
- 31 Yuan, H. et al. (2023). Progress towards the Sustainable Development Goals has been slowed by indirect effects of the COVID-19 pandemic. *Communications Earth & Environment*, 4(184).
- 32 Ahmed, N. et al. (2022). Inequality Kills: The unparalleled action needed to combat unprecedented inequality in the wake of COVID-19. Oxford: Oxfam.
- 33 Castaneda Aguilar, R. A. et al. (2024). March 2024 global poverty update from the World Bank: first estimates of global poverty until 2022 from survey data. <https://t1p.de/sp8sl> (19.04.24).
- 34 Stacy, B. & Lambrechts, M. (2023). Rebuilding education systems after COVID-19. In: Atlas of Sustainable Development Goals 2023. Washington, DC: World Bank.
- 35 Pirlea, A. F. et al. (2023). The impact of COVID-19 on global health. In: Atlas of Sustainable Development Goals 2023. Washington, DC: World Bank.
- 36 S. Endnote 22.
- 37 UN DESA (2023). The Sustainable Development Goals Report 2023. Special edition. New York.
- 38 Romanello, M. et al. (2023). The 2023 report of the Lancet Countdown on health and climate change: the imperative for a health-centred response in a world facing irreversible harms. *Lancet*, 402(10419), S. 2346-2394.
- 39 S. Endnote 38.
- 40 World Meteorological Organization (2024). State of the Global Climate 2023. Geneva.
- 41 Crownhart, C. (2021). How hot is too hot for the human body? MIT Technology Review. <https://t1p.de/o35h7> (16.08.24).
- 42 Lüthi, S. et al. (2023). Rapid increase in the risk of heat-related mortality. *Nature Communications*, 14(4894).
- 43 UNICEF (2024). A threat to progress: Confronting the effects of climate change on child health and wellbeing. New York.
- 44 Falchetta, G. et al. (2024). Global projections of heat exposure of older adults. *Nature Communications*, 15(3678).
- 45 WHO (2022). The UN Decade of Healthy Ageing 2021-2030 in a Climate-changing World (Connection Series, 3). <https://t1p.de/ipswm> (16.08.24).
- 46 Davison, C. (2024). Heat exposure doubles risk of adverse pregnancy outcomes, study finds. *Devex*. <https://t1p.de/mi8ju> (17.06.24).
- 47 UNFPA (2021). The impact of the CLIMATE CRISIS on sexual and reproductive health and rights. Johannesburg.
- 48 Gewin, V. (2024). 'How did we miss this for so long?': The link between extreme heat and preterm birth. *Grist*. <https://t1p.de/v5dnt> (16.08.24).
- 49 S. Endnote 38.
- 50 Carr, R. et al. (2024). Climate change to exacerbate the burden of water collection on women's welfare globally. *Nature Climate Change*, 14(7), S. 700-706.
- 51 Fruttero, A. et al. (2023). Realizing gender equality: A greater challenge with climate change. In: Atlas of Sustainable Development Goals 2023. Washington, DC: World Bank.
- 52 S. Endnote 51.
- 53 Oxfam Deutschland (2023). Frauen in der Klimakrise. Die globale Erhitzung trifft Mädchen und Frauen besonders. Berlin.
- 54 UNICEF & Karama (2023). Climate Change: Impact on Adolescent Girls. Advocacy Brief. <https://t1p.de/ebld>

- (23.06.24).
- 55 S. Endnote 22.
- 56 UK Foreign, Commonwealth and Development Office (2022). Addressing the climate, environment and biodiversity crises in and through girls' education. (FCDO Position Paper). <https://t1p.de/4g99g> (16.08.24).
- 57 Malala Fund (2021). A greener, fairer future: Why leaders need to invest in climate and girls' education. <https://t1p.de/36yjl> (16.08.24).
- 58 S. Endnote 51.
- 59 S. Endnote 54.
- 60 UNICEF (2021). The climate crisis is a child rights crisis. Introducing the Children's Climate Risk Index. New York.
- 61 Rustad, S. A. (2024). Conflict Trends: A Global Overview, 1946–2023. Peace Research Institute Oslo.
- 62 Oxfam Deutschland (2023). Umsteuern für soziale Gerechtigkeit. Berlin.
- 63 Riddell, R. et al. (2024). Inequality Inc. How corporate power divides our world and the need for a new era of public action. Oxford: Oxfam International.
- 64 S. Endnote 63.
- 65 UNFPA & DSW (2024). Verwobene Leben, Fäden der Hoffnung - Ungleichheiten in der körperlichen Selbstbestimmung überwinden. Weltbevölkerungsbericht 2024 - Deutsche Kurzfassung. Hannover.
- 66 S. Endnote 32.
- 67 UNFPA (2023). Maternal Health of Women and Girls of African Descent in the Americas. New York.
- 68 S. Endnote 32.
- 69 High Level Commission on the Nairobi Summit on ICPD25 Follow-up (2021). No exceptions, no exclusions – realizing sexual and reproductive health, rights and justice for all. 2021 Report of the High-Level Commission on the Nairobi Summit on ICPD2025 Follow-up.
- 70 Wariri, O. et al. (2023). COVID-19 vaccination implementation in 52 African countries: trajectory and implications for future pandemic preparedness. *BMJ Global Health*, 8(12).
- 71 S. Endnote 5.
- 72 S. Endnote 5.
- 73 S. Endnote 5.
- 74 WHO (2024). Adolescent pregnancy. <https://t1p.de/x990q> (28.06.24).
- 75 UNICEF (2024). Early Childbearing. <https://t1p.de/i7y4t> (16.08.24).
- 76 UNICEF (2024). Are we on track to end child marriage by 2030? (The Child Marriage Data Portal). <https://t1p.de/o8nzm> (10.06.24).
- 77 S. Endnote 12.
- 78 S. Endnote 22.
- 79 S. Endnote 22.
- 80 S. Endnote 22.
- 81 S. Endnote 76.
- 82 S. Endnote 76.
- 83 S. Endnote 22.
- 84 S. Endnote 76.
- 85 S. Endnote 23.
- 86 WHO (2024). Maternal Mortality. <https://t1p.de/q762i> (28.06.24).
- 87 S. Endnote 23.
- 88 S. Endnote 23.
- 89 S. Endnote 23.
- 90 S. Endnote 67.
- 91 S. Endnote 23.
- 92 S. Endnote 67.
- 93 S. Endnote 67.
- 94 S. Endnote 22.
- 95 S. Endnote 74.
- 96 Girls Not Brides (2024). Child Marriage Atlas. <https://t1p.de/8dtry> (05.07.24).
- 97 Reiss, F. (2021). Child Marriage in the United States: Prevalence and Implications. *Journal of Adolescent Health*, 69(6S), S8-S10.
- 98 Padilla, M. (2023). The 19th Explains: Why child marriage is still legal in 80% of U.S. states. The 19th. <https://t1p.de/5efys> (19.08.24).
- 99 S. Endnote 97.
- 100 Maddow-Zimet, I. & Kost, K. (2021). Pregnancies, Births and Abortions in the United States, 1973–2017: National and State Trends by Age. New York. <https://t1p.de/wuo00> (19.08.24).
- 101 S. Endnote 100.
- 102 S. Endnote 100.
- 103 Baden, K. et al. (2024). Clear and Growing Evidence That Dobbs Is Harming Reproductive Health and Freedom. Guttmacher Institute. <https://t1p.de/iwwfx> (19.08.24).
- 104 Bearak, J. et al. (2020). Unintended pregnancy and abortion by income, region, and the legal status of abortion: estimates from a comprehensive model for 1990–2019. *The Lancet. Global Health*, 8(9), e1152–e1161.
- 105 WHO (2024). Abortion. <https://t1p.de/fz4at> (19.08.24).
- 106 S. Endnote 104.
- 107 Singh, S. et al (2018). Abortion Worldwide 2017: Uneven Progress and Unequal Access. Guttmacher Institute. New York. <https://t1p.de/wg2ej> (19.08.24).
- 108 Guttmacher Institute (2021). Adding It Up: Investing in Safe Abortion Services in the African Union. <https://t1p.de/4gdf3> (19.08.24).
- 109 S. Endnote 108.
- 110 S. Endnote 24.
- 111 S. Endnote 24.
- 112 ıla (2024). Die Grüne Welle im Fokus. Fortschritte und Rückschläge im Kampf für legale Abtreibung in Lateinamerika. ıla, 473. <https://t1p.de/gp23q> (19.08.24).
- 113 Center for Reproductive Rights (2023). Latin America's Green Wave. <https://t1p.de/5bvq8> (19.08.24).
- 114 Center for Reproductive Rights (2024). Poland's Parliamentary Commission Recommends Decriminalization of Abortion. <https://t1p.de/4hd4g> (19.08.24).
- 115 Bundesministerium für Gesundheit (2024). Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin legt Abschlussbericht vor. <https://t1p.de/92wdg> (19.08.24).
- 116 Nolte, A. (2024). „Die Regierung hat einen klaren Handlungsauftrag bekommen: Legalisiert den Schwangerschaftsabbruch“. Interview mit Dr. Alicia Baier und Taleo Stüwe. Heinrich Böll Stiftung, Gunda Werner Institut. <https://t1p.de/bir4o> (19.08.24).
- 117 Deutsche Welle (2024). Frankreich verankert Recht auf Abtreibung in der Verfassung. <https://t1p.de/ulsm> (19.08.24).
- 118 Castilhos, W. (2024). Brazil bill equates late abortion with homicide. *SciDevNet*. <https://t1p.de/mrqqi> (19.08.24).
- 119 S. Endnote 24.
- 120 S. Endnote 12.
- 121 UNESCO (2009). International technical guidance on sexuality education: an evidence-informed approach for schools, teachers and health educators. Paris.
- 122 UNESCO et al. (2021). The journey towards comprehensive sexuality education: global status report. Paris: UNESCO.
- 123 S. Endnote 122.
- 124 S. Endnote 122.
- 125 S. Endnote 122.
- 126 Human Rights Watch (2022). "I Became Scared, This Was Their Goal". Efforts to Ban Gender and Sexuality Education in Brazil. <https://t1p.de/gk342> (19.08.24).
- 127 S. Endnote 21.
- 128 UNESCO (2023). Safe, seen and included: report on school-based sexuality education. Paris.
- 129 İpas (2023). False Pretenses: The Anti-Comprehensive Sexuality Education Agenda Weaponizing Human Rights. Chapel Hill, NC.
- 130 S. Endnote 129.
- 131 SIECUS Sex Ed for Social Change (2024). 2024 State of Sex Education. Legislative Look-Ahead. <https://t1p.de/m82xy>

- 132 S. Endnote 126.
- 133 S. Endnote 126.
- 134 S. Endnote 21.
- 135 HIV Policy Lab UNDP; GNP+; O'Neill Institute for National and Global Health Law (2023). Progress and the Peril: HIV and the Global De/criminalization of Same-Sex Sex. UNDP, GNP+, O'Neill Institute for National and Global Health Law.
- 136 González Cabrera, C. (2024). Dominica High Court Decriminalizes Same-Sex Conduct. Human Rights Watch. <https://t1p.de/3va1u> (21.06.24).
- 137 Amnesty International (2024). Namibia: Decision to overturn "sodomy" laws is a victory for human rights. <https://t1p.de/5xkur> (28.06.24).
- 138 S. Endnote 1.
- 139 MenEngage Alliance (2019). ICPD: Past, Present and Future. Contextualizing Global SRHR Agreements for a Better Understanding of Engaging Men and Boys in SRHR Advocacy.
- 140 Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (2019). Born Free and Equal. Sexual Orientation, Gender Identity and Sex Characteristics in International Human Rights Law (2nd edition). New York, Geneva.
- 141 González Cabrera, C. (2024). Decriminalizing Gay Sex: A Universal Human Rights Imperative. Human Rights Watch. <https://t1p.de/5v1hf> (01.07.24).
- 142 S. Endnote 135.
- 143 S. Endnote 136.
- 144 S. Endnote 137.
- 145 Guindy, H. M. (2024). Beyond Decriminalization of Same-Sex Relations. Human Rights Watch. <https://t1p.de/ien9w> (01.07.24).
- 146 ILGA World (2024). Laws On Us. A global overview of legal progress and backtracking on sexual orientation, gender identity, gender expression, and sex characteristics (1st Edition). Geneva.
- 147 Budoo-Scholtz, A. (2023). Uganda's President Signs Repressive Anti-LGBT Law. Human Rights Watch. <https://t1p.de/k6wyc> (19.04.24).
- 148 Amnesty International (2023). Uganda: Authorities must drop charges in death penalty case under Anti-Homosexuality Act. <https://t1p.de/yak8l> (19.06.24).
- 149 Dawson, L. & Kates, J. (2024). The Proliferation of State Actions Limiting Youth Access to Gender Affirming Care. KFF. <https://t1p.de/5st0i> (19.06.24).
- 150 Dawson, L. & Kates, J. (2024). Policy Tracker: Youth Access to Gender Affirming Care and State Policy Restrictions. KFF. <https://t1p.de/4nmyw> (19.06.24).
- 151 S. Endnote 1.
- 152 S. Endnote 20.
- 153 S. Endnote 20.
- 154 Kuhar, R. (2023). The rise and success of the anti-gender movement in Europe and beyond. The Progressive Yearbook. <https://t1p.de/6mt7g> (19.08.24).
- 155 S. Endnote 154.
- 156 S. Endnote 20 und 154.
- 157 S. Endnote 154.
- 158 S. Endnote 154.
- 159 S. Endnote 154.
- 160 S. Endnote 154.
- 161 FÖS FEMINISTA (2023). The Global Impact of the Dobbs Decision on Abortion Laws, Policies, Legislation, Narratives, and Movements. Findings from Colombia, India, Kenya, and Nigeria. Preliminary Findings June 2023. <https://t1p.de/6lydr> (19.08.24).
- 162 S. Endnote 20.
- 163 S. Endnote 65.
- 164 S. Endnote 20.
- 165 S. Endnote 20.
- 166 S. Endnote 135.
- 167 Butler, J. (2024). Who's afraid of gender? London: Penguin Random House UK.
- 168 Tagesspiegel (2024). Papst: Gender-Ideologie schlimmste Gefahr: „Mann und Frau stehen in fruchtbarer Spannung“. <https://t1p.de/qyda> (19.08.24).
- 169 Ipas & Empower (2023). Pulling Back The Cover: The Roots, Relationships, and Rise of Family Watch International. Chapel Hill, NC: Ipas.
- 170 S. Endnote 169.
- 171 S. Endnote 169.
- 172 McKenzie, D. & Dean, S. (2023). Activists link US nonprofit to anti-LGBTQ laws in Africa. The group says it's only promoting 'family values'. CNN. <https://t1p.de/ykxph> (20.08.24).
- 173 S. Endnote 154.
- 174 Datta, N. (2021). Winning the Battle for Human Rights in Sexuality and Reproduction. *Femina Politica*, 30(2), S. 175-180.
- 175 S. Endnote 114.
- 176 S. Endnote 154.
- 177 S. Endnote 154.
- 178 Namubiru, L. & Wepukhulu, S. K. (2020). Exclusive: US Christian Right pours more than \$50m into Africa. Open Democracy. <https://t1p.de/wrhlk> (20.08.24).
- 179 Datta, N. (2021). Tip of the Iceberg. Religious Extremist Funders against Human Rights for Sexuality and Reproductive Health in Europe 2009 - 2018. Brussels: EPF.
- 180 S. Endnote 179.
- 181 Hovhannisyán, T. (2024). European Parliament Elections: Experts and Law-Makers 'Extremely' Worried About Influence of Anti-Gender Movements. *Byline Times*. <https://t1p.de/it9k4> (20.08.24).
- 182 Vida, B. (2019). New waves of anti-sexual and reproductive health and rights strategies in the European Union: the anti-gender discourse in Hungary. *Sexual and Reproductive Health Matters*, 27(2), S. 13-16.
- 183 Khan, A. et al. (2023). Facing the backlash: what is fuelling anti-feminist and anti-democratic forces? ALIGN Framing paper. London: ODI.
- 184 United Nations Commission on Population and Development (2024). Declaration on the occasion of the thirtieth anniversary of the International Conference on Population and Development (E/CN.9/2024/L.4).
- 185 Ahmed, Zara (2020). The Unprecedented Expansion of the Global Gag Rule: Trampling Rights, Health and Free Speech. *Guttacher Institute (Guttacher Policy Review, Vol. 23)*.
- 186 Kaps, A., Schewe, A.-K. & Hinz, C. (2019). *Umkämpftes Terrain. Der internationale Widerstand gegen das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung* (Originalausgabe). Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- 187 Morgan, L. (2023). Anti-abortion strategizing and the afterlife of the Geneva Consensus Declaration. *Developing World Bioethics*, 23(2), S. 185-195.
- 188 S. Endnote 187.
- 189 S. Endnote 20.
- 190 S. Endnote 161.
- 191 McShane, J. (2024). Uganda Cited Dobbs in an Anti-LGBTQ Crackdown. Americans Should Worry Too. *Mother Jones*. <https://t1p.de/Ogq15> (20.08.24).
- 192 SEEK Development (2024). Donor Tracker - US ODA Spending. <https://t1p.de/hj8s8> (20.08.24).
- 193 Harper, M. (2024). Global Impacts of Project 2025: How the blueprint for the next Republican administration may impact US foreign and development policy on SRHR and gender equality.
- 194 High Level Commission on the Nairobi Summit on ICPD25 Follow-up (2023). Sexual and reproductive justice cannot wait: All rights, all people, acting now. 2023 Report of the High-Level Commission on the Nairobi Summit on ICPD25 Follow-up.
- 195 BMZ (2023). *Feministische Entwicklungspolitik. Für gerechte und starke Gesellschaften weltweit*. Bonn, Berlin.
- 196 Sister Song (2024). About Us – Sister Song. [www.sistersong.net/about-x2](http://www.sistersong.net/about-x2) (24.04.24).
- 197 S. Endnote 196.
- 198 S. Endnote 196.
- 199 Ranji, U. et al. (2024). Key Facts on Abortion in the United States. <https://t1p.de/jbsn7> (20.08.24).

- 200 S. Endnote 196.
- 201 Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung (2022). Bevölkerungspolitik: Zwischen selbstbestimmter Familienplanung und selektiver Geburtenkontrolle (Reproduktive Gerechtigkeit weltweit). <https://t1p.de/gkl66> (20.08.24).
- 202 Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung (2023). Reproduktive Gerechtigkeit. Eine Einführung.
- 203 Ross, L. J. (2017). Reproductive Justice as Intersectional Feminist Activism. *Souls*, 19(3), S. 286-314.
- 204 S. Endnote 203.
- 205 S. Endnote 202.
- 206 Women in Exile & Friends (2017). break down the borders (Campaign Newsletter #12). <https://t1p.de/fsu1j> (20.08.24).
- 207 LSVD (2021). Rechtsratgeber für lesbische Familiengründung. <https://t1p.de/t76xO> (20.08.24).
- 208 Weyde, B. (2024). Wenn der schwangere Vater den Mutterpass ausfüllt. Interview mit Mauri Balanta Jaramillo über Trans-Schwangerschaften in Kolumbien. *ila*, 473, S. 16-17. <https://t1p.de/rjv2i> (20.08.24).
- 209 Kendall, M. (2020). Hood feminism. Notes from the women that a movement forgot. New York: Viking.
- 210 S. Endnote 209.
- 211 S. Endnote 194.
- 212 S. Endnote 201.
- 213 Bundeszentrale für politische Bildung (2020). Vor 5 Jahren: Ende der Ein-Kind-Politik in China. <https://t1p.de/j76be> (20.08.24).
- 214 Wang, Y. (2023). It's time to abolish China's three-child policy. <https://t1p.de/xd8jm> (20.08.24).
- 215 Bryant, M. (2024). Greenlandic women sue Danish state for contraceptive 'violation'. *The Guardian*. <https://t1p.de/p9syg> (20.08.24).
- 216 FIGO (2018). The global unmet need for modern contraceptives. <https://t1p.de/ywufs> (20.08.24).
- 217 Starrs, A. (2023). Strategic Shift in Family Planning: „Intent to Use“. <https://t1p.de/5uclu> (20.08.24).
- 218 Senderowicz, L. & Maloney, N. (2022). Supply-Side Versus Demand-Side Unmet Need: Implications for Family Planning Programs. *Population and Development Review*, 48(3), S. 689-722.
- 219 Guttmacher Institute (2020). Adding It Up. Investing in Sexual and Reproductive Health 2019. New York.
- 220 S. Endnote 201.
- 221 Bendix, D. & Schultz, S. (2015). Bevölkerungspolitik reloaded. Zwischen BMZ und Bayer. *PERIPHERIE*, 35(140), S. 447-468.
- 222 Deuser, P. (2010). Genderspezifische Entwicklungspolitiken und Bevölkerungsdiskurse: Das Konzept der „Sexuellen und Reproduktiven Gesundheit und Rechte“ aus postkolonialer Perspektive. *PERIPHERIE*, 30(120), S. 427-451.
- 223 S. Endnote 201.
- 224 Manian, M. (2020). Immigration Detention and Coerced Sterilization: History Tragically Repeats Itself. *ACLU*. <https://t1p.de/mkeeg> (20.08.24).
- 225 Manjeshwar, S. (2020). Americas Forgotten History of Forced Sterilization. *Berkeley Political Review*. <https://t1p.de/fyn40> (20.08.24).
- 226 Mihalovich, C. (2023). Survivors from California's Period of Forced Sterilization Denied Reparations. *KQED*. <https://t1p.de/9io3p> (20.08.24).
- 227 Schultz, S. (2022). Die Politik des Kinderkriegens. Zur Kritik demografischer Regierungsstrategien. Bielefeld: transcript Verlag.
- 228 French, H. W. (2021). Born in Blackness. Africa, Africans, and the making of the modern world, 1471 to the Second World War (First edition). New York: Liveright Publishing Corporation.
- 229 S. Endnote 195.
- 230 S. Endnote 195.
- 231 S. Endnote 195.
- 232 Dockterman, E. (2022). What to Know About Abortion Funds and How They Help Patients Get Care. *Time*. <https://t1p.de/kq373> (20.08.24).
- 233 National Network of Abortion Funds (2024). Fast Facts About Abortion Funds <https://t1p.de/b7s2b> (20.08.24).
- 234 The Pleasure Project (2024). Putting the Sexy into Safer Sex since 2004. <https://thepleasureproject.org/> (20.08.24).
- 235 Mills, R. et al. (2023). Opening a portal to pleasure based sexual and reproductive health around the globe: a qualitative analysis and best practice development study. *Sexual and Reproductive Health Matters*, 31(1).
- 236 S. Endnote 235.
- 237 Act alliance (2024). Faith in Reproductive Justice. <https://t1p.de/hlujt> (20.08.24).
- 238 S. Endnote 194.
- 239 S. Endnote 194.
- 240 S. Endnote 194.
- 241 S. Endnote 194.
- 242 UNFPA (2024). Cotonou Youth Action Agenda. 30 Years Strong: Youth-built Futures for Population and Development. <https://t1p.de/ucoj6> (02.05.24).
- 243 S. Endnote 242.
- 244 FÖS FEMINISTA (2024). The Good, the Bad, and the Ugly. A Critical, Feminist Analysis of the Negotiated Outcomes from the Commission on Population and Development, 2004-2023.
- 245 OECD (2024). Official development assistance (ODA). International aid rises in 2023 with increased support to Ukraine and humanitarian needs. <https://t1p.de/3t0v4> (20.08.24).
- 246 S. Endnote 194.